

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

**Frühjahrstagung der deutschen Delegation in der Parlamentarischen
Versammlung der NATO vom 31. Mai bis 3. Juni 2019
in Pressburg, Slowakei**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Teilnehmende der deutschen Delegation	2
II. Schwerpunkte der Frühjahrstagung	2
III. Politischer Ausschuss	2
IV. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit	7
V. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit	10
VI. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit	15
VII. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie	19
VIII. Plenarsitzung	22

I. Teilnehmende der deutschen Delegation

Die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der Nordatlantikpakt-Organisation – (Parliamentary Assembly of the North Atlantic Treaty Organization, NATO PA) fand vom 31. Mai bis 3. Juni 2019 in Pressburg, Slowakei statt. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegationsmitglieder:

Deutscher Bundestag

Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers** (CDU/CSU), Leiter der Delegation,
Abgeordnete **Ulla Schmidt** (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,
Abgeordneter **Wolfgang Hellmich** (SPD),
Abgeordneter **Gerold Otten** (AfD),
Abgeordneter **Dr. Alexander S. Neu** (DIE LINKE.).

Bundesrat

Minister **Lorenz Caffier** (CDU), Mecklenburg-Vorpommern, Leiter der Delegation,
Minister **Peter Beuth** (CDU), Hessen.

II. Schwerpunkte der Frühjahrstagung

In den Ausschüssen sowie im Plenum waren Schwerpunktthemen die Frage der Bedeutung der NATO am 70. Jahrestag ihrer Gründung am 4. April 1949, neue Konflikte und deren Auswirkungen auf die strategische Ausrichtung der NATO, die Kündigung des INF-Vertrags, die Beziehungen der Allianz zur Russischen Föderation sowie der Umgang mit hybriden Bedrohungen. Die Berichtsentwürfe und die Zusammenfassungen der Beratungen in den Ausschüssen der Frühjahrstagung sind unter der NATO PA-Webseite abrufbar.

III. Politischer Ausschuss

Der Politische Ausschuss tagte am Sonntag, 2. Juni 2019, unter dem Vorsitz von **Lord Campell of Pittenween** (Vereinigtes Königreich). Schwerpunkte der Beratungen waren die Bekräftigung des Bekenntnisses zu den Gründungsprinzipien und Werten der NATO, das Verhältnis zu Russland, die Lage in der Ukraine sowie die Errichtung von Stabilität und Sicherheit in den NATO-Mitgliedstaaten.

1. Vortrag des slowakischen Botschafters František Ružička zum Thema „Gegenwärtige und zukünftige Rolle der NATO aus der Sicht der Slowakei“

Botschafter **František Ružička** erklärte, die NATO sei im Vergleich zu anderen Bündnissen im Bereich der Verteidigung das stärkste Bündnis. Der auf gemeinsamen Werten und Zielen basierende Zusammenschluss verhindere die Entstehung von Konflikten, errichte Stabilität und bewahre den Frieden. In der Slowakei habe die Anpassung an die Standards und Prinzipien der NATO zur Stabilität im Land beigetragen. Die NATO-Mitgliedschaft sei ein Meilenstein auf dem Weg zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union gewesen. Die Slowakei sei bereit, Länder in ihren Beitrittsbestrebungen zu unterstützen. Die NATO müsse sich den neuen Herausforderungen, insbesondere dem wachsenden Extremismus, der organisierten Kriminalität und den Auswirkungen des Klimawandels, stellen. Ebenso müsse sie auf hybride Bedrohungen vorbereitet sein. Die gemeinsamen Werte und die Rechtsstaatlichkeit seien gefährdet. Um die Demokratie zu bewahren, müssten neben den staatlichen Institutionen besonders die Meinungsfreiheit des Einzelnen geschützt werden. Der Anstieg populistischer Strömungen in vielen Ländern müsse ernst genommen und die Ursachen untersucht werden. Der Öffentlichkeit müssten die Bedeutung und die Vorteile einer EU- und NATO-Mitgliedschaft offensiv vermittelt werden. Beide Institutionen garantierten Demokratie, Sicherheit und Wohlstand. Mit Hilfe von Transparenz und Kommunikation könne das Vertrauen der Menschen in demokratische Strukturen erneuert werden. In der Slowakei seien durch eine breit angelegte Kommunikationsstrategie Erfolge hinsichtlich der Zustimmung in der Bevölkerung zur NATO-Mitgliedschaft erzielt worden.

In der anschließenden Diskussion erkundigte sich der Vorsitzende **Lord Campbell of Pittenween** (Vereinigtes Königreich) nach den von der Slowakei geschaffenen Maßnahmen, mit denen die Akzeptanz in der Bevölkerung gegenüber der NATO gesteigert worden sei. **František Ružička** erwiderte, die Zustimmungsrate sei von 50 auf 56 Prozent gestiegen, wohingegen sie in Zentraleuropa bei 75 Prozent liege. Zunächst seien Kommunikationsstrategien zur Förderung des Austausches zwischen Akademikerinnen und Akademikern, Studierenden, Nichtregierungsorganisationen und ausländischen Experten entwickelt worden und Fachgespräche zur strategischen Bedeutung der Mitgliedschaft in der EU und in der NATO hätten stattgefunden. **Rasa Jukneviene** (Litauen) erkundigte sich nach der Zusammenarbeit der Slowakei mit der Ukraine. **František Ružička** erläuterte, die Annexion der Krim und das Vorgehen der Russischen Föderation in der Ostukraine seien völkerrechtswidrig. Er forderte eine Unterstützung der ukrainischen Bevölkerung. Die humanitäre Lage der Menschen müsse verbessert, die Weltöffentlichkeit fortlaufend über die Situation in der Krim unterrichtet und der Dialog mit der Ukraine fortgeführt werden. **Philippe Folliot** (Frankreich) fragte nach der Bedeutung Afrikas für Europa. **František Ružička** erklärte, für die NATO sei Afrika strategisch besonders hinsichtlich der Handelsbeziehungen und der vorhandenen Ressourcen bedeutsam. Um andere Akteure fernzuhalten, müsse die NATO ihre Interessen sichtbarer machen. Afrika benötige Hilfe bei der Entwicklung neuer Technologien zur Verbesserung der Kommunikation, beim Informationszugang und bei der Bildung. Flüchtlingsströme könnten gestoppt werden, indem der Handel vertieft und die lokale Wirtschaft so gefördert werde, dass die Länder die vorhandenen Bodenschätze selbst abbauen könnten. **Ahmet Yildiz** (Türkei) erkundigte sich nach der Frage der Ländergrenzen in Bosnien und Herzegowina. **František Ružička** antwortete, die westliche Präsenz in der Region sei wichtig und Bosnien und Herzegowina sollten im Kampf gegen den Terror einbezogen werden. **Siyavush Novruzov** (Aserbaidshan, assoziiertes Mitglied) ging auf die Lage in den besetzten Gebieten Aserbaidshans und die entsprechenden VN-Resolutionen ein und bat um eine Stellungnahme. **František Ružička** erklärte, die Lösung territorialer Konflikte benötige Zeit. Ein Vertreter der armenischen Delegation (Armenien, assoziiertes Mitglied) forderte unter Verweis auf die Tagesordnung, dass die Versammlung nicht das richtige Forum sei, um über diesen Konflikt zu beraten.

2. Beratung des Berichtsentwurfs „Die NATO wird 70: warum die Allianz weiterhin unverzichtbar ist“, vorgelegt von dem Berichterstatter **Gerald E. Connolly** (Vereinigte Staaten)

Berichterstatter **Gerald E. Connolly** (Vereinigte Staaten) erklärte, die NATO sei entscheidend für die Wahrung von Frieden und Demokratie in Europa. Ihr Erfolg beruhe auf den militärischen Möglichkeiten und auf den gemeinsamen Werten. Die Allianz müsse auf die Einhaltung demokratischer Prinzipien in ihren Mitgliedstaaten bestehen, demokratische Institutionen unterstützen und diese Werte zur Bedingung einer zukünftigen Mitgliedschaft machen. Die an einer NATO-Mitgliedschaft interessierten Staaten erwarteten einen Zuwachs an Sicherheit. Die NATO unterscheide sich von anderen Bündnissen, wie beispielsweise das zwischen Russland und China, dadurch, dass sie auf die Einhaltung gemeinsamer Werte achte. Die NATO-Politik der „Offenen Tür“ und die NATO-Partnerschaften errichteten Stabilität durch Kooperation. Die gewonnene Stabilität erstreckte sich auch auf Staaten außerhalb des Bündnisses. Der Einsatz neuer Medien sei wichtig zur Verhinderung von Falschnachrichten. Er empfahl eine Überarbeitung des strategischen Konzepts der NATO hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation und der hybriden Bedrohungen. Das Bündnis müsse sich stärker mit seinen gemeinsamen Prinzipien und Werten befassen. China müsse stärker im Blick behalten werden, besonders im Hinblick auf dessen Engagement auf dem Balkan und im Mittleren Osten. Er schlug die Einrichtung eines Koordinierungszentrums für die Widerstandsfähigkeit der Demokratie (democracy resilience coordination centre, DRCC) vor, das die Mitgliedstaaten darin unterstützen solle, ihre demokratischen Systeme aufrechtzuerhalten und zu stärken.

Ahmet Yildiz (Türkei) erklärte in der sich anschließenden Beratung, grundsätzlich unterstütze er die Einrichtung eines Koordinierungszentrums, er sehe jedoch starke Differenzen in der Frage der konkreten Umsetzung. Er sprach sich für eine stärkere Konzentration der Versammlung auf die Frage der Errichtung der gemeinsamen Sicherheit aus. **Gerald E. Connolly** antwortete, die gemeinsame Sicherheit stehe weiterhin im Fokus, die auf der Basis gemeinsamer Werte erreicht werden könne und auf denen die militärischen Fähigkeiten beruhen. Das Bündnis basiere auf gemeinsamen Werten und unterscheide sich dadurch grundlegend von anderen Allianzen. **Rasa Jukneviene** (Litauen) führte ihre Vorstellungen über ein demokratisches Russland aus. **Ojars Kalnins** (Lettland) forderte, besonders die Vereinigten Staaten müssten die von den Europäern aufgewendeten, hohen Ausgaben für die Mobilität der Streitkräfte als einen Teil der militärischen Fähigkeiten anerkennen. **Irakli Beraia** (Georgien, assoziiertes Mitglied) forderte die Aufnahme des Krieges zwischen Georgien und der Russischen Föderation in 2008 in den Bericht. Georgien besitze die erforderlichen praktischen Fertigkeiten für eine NATO-

Mitgliedschaft, die die Sicherheit des Bündnisses vergrößern würde. **Gerald E. Connolly** versprach, die angesprochenen Punkte aufzunehmen. **Sven Koopmans** (Niederlande) erklärte, in einigen Mitgliedstaaten seien die demokratischen Strukturen erodiert und erkundigt sich nach den Konsequenzen im Umgang mit einem Land, das russische Verteidigungswaffen ankaufe. **Gerald E. Connolly** betonte, es sei wichtig, gegen die demokratische Erosion anzugehen. Er ging nicht auf die Frage des Umgangs mit Staaten ein, die Waffensysteme von der Russischen Föderation kauften. **Borys Wrzesnewski** (Kanada) verglich unter Bezugnahme der gegenwärtigen NATO-Politik der „Offenen Tür“ die Situation nach Ende des Zweiten Weltkrieges, die sich in der von den vier Siegermächten besetzten Bundesrepublik Deutschland und die sich von der damaligen Sowjetunion besetzten Gebieten. Er argumentierte, der Sowjetunion sei nach der deutschen Wiedervereinigung des Beitritts der ehemals im Warschauer Pakt gebundenen Staaten ein Veto-Recht zugekommen. **Gerald E. Connolly** widersprach dieser Aussage und erklärte, ein solcher Vergleich könne nicht gezogen werden, da Westdeutschland auf der Grundlage einer Vereinbarung mit den vier Siegermächten besetzt gewesen sei. **Philippe Folliot** (Frankreich) dankte den Vereinigten Staaten für ihr militärisches Eingreifen im Zweiten Weltkrieg und ging auf die Äußerung des amerikanischen Präsidenten Trump ein, der die NATO als obsolet bezeichnet habe. **Gerald E. Connolly** erwiderte, die Aussage sei später relativiert worden. Er ging auf die Rede des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg vor dem US-Kongress anlässlich der NATO-Gründung vor 70 Jahren ein und betonte die Bedeutung der Tatsache, dass zum ersten Mal ein NATO-Generalsekretär vor dem Kongress gesprochen habe. **Paolo Formentini** (Italien) kritisierte die Ausführungen des Berichts zu den populistischen Bewegungen in Europa, die als demokratie- und rechtsstaatlichkeitsschädigend dargestellt worden wären. Als Mitglied der Lega sei er Teil einer solchen populistischen Strömung. Italien sei weiterhin eine Demokratie und stolzes NATO-Mitglied. **Gerald E. Connolly** erklärte, pro-russische populistische Strömungen stellten eine Gefahr für die demokratischen Werte dar, jedoch sei eine besondere Hervorhebung Italiens nicht beabsichtigt gewesen. Die Ausführungen im Bericht hätten insoweit präziser ausfallen müssen. **Giorgi Kandelaki** (Georgien, assoziiertes Mitglied) forderte eine bessere Umsetzung von Gesetzen gegen Korruption und die strafrechtliche Einziehung von Gewinnen. **Wouter de Vriendt** (Belgien) kritisierte die hohe Zahl an unterschiedlichen Waffensystemen in Europa, durch eine verbesserte Zusammenarbeit bei Beschaffungen könnten Kosten eingespart werden. Er sprach sich für die Fortsetzung des Dialogs mit der Russischen Föderation aus und forderte die Aufnahme im Bericht. **Gerald E. Connolly** unterstützte die Forderung, unterstrich jedoch die Bedeutung, auch auf die Bedrohung durch das aggressive Verhalten der Russischen Föderation einzugehen und die eigene Position eindeutig zu vertreten. Auf die Kritik von **Siyavush Novruzov** (Aserbaidshan, assoziiertes Mitglied), warum Aserbaidshan, das teilweise besetzt sei, nicht erwähnt worden sei erwiderte **Gerald E. Connolly**, es handle sich um eine Besetzung, die nicht im Zusammenhang mit der Russischen Föderation stehe und somit nicht Gegenstand der Untersuchung sei. **Edmondo Cirielli** (Italien) ging auf die gemeinsamen Werte der NATO, wie beispielsweise die liberale Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, ein. Die NATO müsse jedoch vorsichtig sein, wer über die Einhaltung der Werte entscheide. Der Berichterstatter erklärte, die Schaffung eines Koordinierungszentrums für die Widerstandsfähigkeit der Demokratie solle nicht als Bedrohung für die Mitgliedstaaten angesehen werden. Ziel sei, den Staaten bei der Bekämpfung der russischen Propaganda zu helfen und nationale demokratische Institutionen zu unterstützen.

3. Vortrag von **Tim Sweijs**, Forschungsdirektor, Zentrum für Strategische Studien Den Haag, zum Thema „Der sich wandelnde Charakter aktueller Konflikte – Auswirkungen auf die NATO“

Tim Sweijs erklärte, die Forschung tue sich schwer mit Prognosen über die Entstehung möglicher zukünftiger Konflikte. Aussagen über mögliche Orte solcher zukünftigen Konflikte könnten zum Beispiel nicht getroffen werden. Gegenstand der Forschung seien bestimmte Parameter einer Situation, die für eine Gefährdung sprächen. Geforscht werde über die unterschiedlichen Arten von bewaffneten Konfliktparteien. Auseinandersetzungen seien oft die Folge einer bestimmten politischen Lage, der Kultur und einer bestimmten Zeit. Seit 2004/2005 sei ein Trend zu länger andauernden innerstaatlichen Konflikten zu beobachten. An einigen Brennpunkten zeige sich die Ausbreitung von Konflikten. Er stellte fünf Thesen vor. Zunächst müsse die Ausbreitung von Konflikten verhindert werden. Er prognostizierte eine ansteigende Nachfrage nach Stabilisierung. Bestimmte Sicherheitsaspekte stünden mit der Katastrophenhilfe, dem Klimawandel, der Knappheit natürlicher Ressourcen und Flüchtlingsströmen in enger Verbindung. Seit 2000 sei festzustellen, dass ein Konflikt mehrere Konflikte enthalte. Innerstaatliche Konflikte wiesen häufig eine internationale Komponente auf, die deren Eindämmung erschwere. Einige Konflikte neigten dazu, sich auszubreiten. In der Regel handle es sich dabei um Konflikte in Staaten mit sich überschneidenden Interessensphären, wie beispielsweise die Ukraine, Afghanistan und Syrien. Nichtstaatliche Akteure wen-

deten häufiger gewalttätigere, destruktivere Methoden an als staatliche Akteure. Die NATO müsse ihre Fähigkeiten verbessern, mehrere Konflikte gleichzeitig zu bekämpfen. Auch müssten Abstimmungs- sowie Legitimationsprozesse beschleunigt werden.

In der sich anschließenden Diskussion erkundigte sich der Abgeordnete **Siyavush Novruzov** (Aserbaidschan, assoziiertes Mitglied) nach Strategien zur Beendigung von Konflikten. **Tim Sweijs** erklärte, ein Konflikt ende, wenn er „reif“ dafür sei und die Konfliktparteien zu Verhandlungen bereit seien. Seit den 1980er Jahren endeten Konflikte oft in Pattsituationen und ohne eine dauerhafte Lösung. Der Abgeordnete **Sven Koopmans** (Niederlande) forderte, die Landesverteidigung stärker gegen den Einsatz von neuen Technologien, wie beispielsweise Drohnen, auszurichten. **Tim Sweijs** bestätigte die Bedeutung der elektromagnetischen Kriegsführung. Der Abgeordnete **Paul Cook** (Vereinigte Staaten) erklärte, entscheidend sei, wer die Macht zu Festsetzung internationaler Regelungen habe.

4. **Beratung des Berichtsentwurfs „Sicherheit und Stabilität in Afrika – Herausforderungen und Möglichkeiten für die NATO“ vorgelegt von dem Generalberichterstatter Julio Miranda Calha (Portugal)**

In Vertretung des Berichterstatters erklärte **Raynell Andreychuk** (Kanada), der Entwurf analysiere den Zusammenhang zwischen der andauernden Instabilität in Nordafrika und im Mittleren Osten (MENA) sowie der Entwicklung der Sicherheitslage auf dem afrikanischen Kontinent. Die Sicherheitslage sei weiterhin instabil, vor allem aufgrund von ökonomischen, sozialen und umweltbedingten Problemen sowie schlechter Regierungsführung. Den staatlichen Institutionen fehlte es an ausreichenden Kapazitäten zur Problemlösung. Sie empfahl eine Vertiefung der Beziehungen zwischen der NATO und der Afrikanischen Union (AU).

In der Diskussion gingen die Mitglieder auf die Lage in Somalia, die Bedeutung eines verstärkten Dialoges zwischen der NATO und der Afrikanischen Union (AU) sowie auf die Rolle der Russischen Föderation und von China in Afrika ein. **Tanmanjeet Singh Dhesi** (Vereinigtes Königreich) erklärte, für die Verbesserung der Beziehungen zu Afrika sei wichtig, den Kontinent als einen ebenbürtigen Partner und mit Respekt zu behandeln. Für **Philippe Folliot** (Frankreich) steht die Sicherheit Europas im engen Zusammenhang mit der Lage in Afrika. Daher müsse das Bündnis neben der östlichen auch die südliche Flanke im Blick behalten. **Raynell Andreychuk** ging auf die Bedeutung der AU ein und erklärte, die NATO solle jede Gelegenheit zur Stärkung der bilateralen Beziehungen nutzen. Die NATO solle das große Potential Afrikas, das sich durch die Demographie ergäbe, nicht aus dem Blick verlieren. Sie zeigte sich skeptisch gegenüber der Forderung nach einer operationellen Rolle der NATO in Afrika.

5. **Beratung des Berichtsentwurfs „NATO-Russland Beziehungen – ein Schnappschuss“, vorgelegt von Berichterstatterin Raynell Andreychuk (Kanada)**

Berichterstatterin **Raynell Andreychuk** (Kanada) erläuterte, der Berichtsentwurf untersuche die wichtigsten Bereiche, in denen die Sicherheit der NATO-Verbündeten durch die Russische Föderation beeinflusst werde. Russland verfolge das Ziel, ein neues internationales Regelungswerk zu errichten. Es sei davon auszugehen, dass Präsident Wladimir Putin seine konfrontative Haltung gegenüber der NATO beibehalten werde. Die NATO müsse daher Stärke zeigen, die Verteidigung verbessern, den Dialog fortführen und eine weitere Eskalation der angespannten Situation vermeiden. Die russische Bevölkerung dürfe nicht aus dem Blick verloren werden.

In der sich anschließenden Diskussion berieten die Delegierten die angespannte Lage in der Ostukraine, die Bedeutung von Sanktionen und deren ökonomische Folgen. Einigkeit bestand darin, dass die Fortsetzung des Dialogs mit der Russischen Föderation im strategischen Interesse der NATO liege. Mehrere Mitglieder, darunter **Gilbert Roger** (Frankreich) merkten an, einige Verbündete stünden im bilateralen Austausch mit der Russischen Föderation. **Vergil Chitac** (Rumänien) kritisierte, dass die russische Politik mit der Person Putin gleichgesetzt werde. Die Berichterstatterin erwiderte, die Machtverteilung in Russland sei vielschichtig, letztlich sei Wladimir Putin jedoch das Staatsoberhaupt. Es sei schwer vorhersehbar, ob sich Moskaus Außenpolitik im Falle eines Ausscheidens Putins grundlegend ändere. **Borys Wrzesnewskij** (Kanada) forderte, in den Bericht die Verletzung des Seerechtsübereinkommens zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation durch das russische Vorgehen aufzunehmen. **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) bat, den Bericht mit der Aufzählung von Fortschritten zu erweitern, die sich durch den Dialog mit der Russischen Föderation ergeben hätten. **Giorgi Kandelaki** (Georgien, assoziiertes Mitglied) erklärte, aufgrund der unfreien Wahlen in der Russischen Föderation sei es problematisch, die Mitglieder des Parlaments als Abgeordnete zu bezeichnen. Er schlug vor, russische Oppositionspolitiker zu

Tagungen der Versammlung einzuladen. **Ojars Kalnins** (Lettland) betonte, eine Rückkehr zum Dialog könne erst dann erfolgen, wenn keine weiteren Menschen in den Konfliktgebieten, wie beispielsweise in der Ostukraine, getötet würden. Die Berichterstatterin sagte zu, die Anregungen aufzugreifen.

6. Vortrag von **Walter Feichtinger**, Brigadier des österreichischen Bundesheeres, Leiter des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie, zum Thema „Ukraine unter Druck – Implikationen für die regionale und transatlantische Sicherheit“

Zu Beginn seines Vortrags betonte **Walter Feichtinger**, dass sich die Einschätzung der Bevölkerung zu den Perspektiven für die Ukraine durch die Annexion der Krim „von einem optimistischen zu einem pessimistischen“ Szenario verändert habe und von Misstrauen dominiert werde. Für die Russische Föderation sei die Annexion der Halbinsel Krim von strategischer Bedeutung und ihr Vorgehen präventiv notwendig gewesen, um zu verhindern, dass die Krim in die Hände des Westens fiel. Er legte dar, dass die russische Unterstützung der separatistischen Kräfte in Donetsk und Luhansk eine Hebelwirkung auf den Kurs der Ukraine in Richtung EU- und NATO-Mitgliedschaft habe. Die russischen Bemühungen, zukünftige Erweiterungen der EU oder der NATO zu verhindern, hätten sich, wie der Fall Nordmazedonien zeige, als unwirksam erwiesen. Bei der Annexion der Krim und beim russischen Vorgehen in der Ostukraine handele es sich um unterschiedliche Konflikte mit unterschiedlichen Lösungen. Während die Situation auf der Krim sich derzeit zu normalisieren scheine, fänden anhaltende Kämpfe im Osten der Ukraine statt. Die Entwicklung vor Ort werde auch von der Haltung des neu gewählten ukrainischen Präsidenten Volodymyr Zelensky abhängen. Eine stärkere Beteiligung der Vereinten Nationen könne den Konflikt zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine wahrscheinlich nicht lösen, da beide Seiten derzeit unterschiedliche Prioritäten hätten. Die Russische Föderation beanspruche die volle Souveränität über der Krim, einschließlich der Kontrolle der Wirtschaft und der Ausbeutung von Ressourcen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Annexion auf die Ukraine seien enorm und schränkten die ukrainische Entwicklung ein. Der freie Zugang zum Asowschen Meer sei für den Export und die ukrainische Stahlindustrie von entscheidender Bedeutung. Die unter der russischen Kontrolle stehende Brücke über die Straße von Kertsch verhindere, dass die Ukraine die Vorteile des Gebietes nutzen könne. Die verstärkte militärische Präsenz der Russischen Föderation auf der Halbinsel habe das militärische Gleichgewicht in der Region verändert. Der militärische Ausbau habe die Möglichkeiten für die Machtprojektion Moskaus in das Mittelmeer und in die MENA-Region erheblich erhöht. Die NATO habe reagiert, unter anderem durch eine zusätzliche Unterstützung der Ukraine und eine verstärkte militärische Präsenz in der Region. Die sich entwickelnden Beziehungen der Türkei zur Russischen Föderation könnten ein zusätzliches Problem für die Allianz darstellen. Er beschrieb drei mögliche Szenarien: die Beibehaltung des Status quo durch eine fortgesetzte russische Unterstützung der Separatisten und das Fehlen von bilateralen Beziehungen, während die NATO die Reformen der Ukraine weiterhin unterstützen würde. Zweitens sei eine „Beschwichtigung“ durch den gewählten ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Zelensky denkbar, bei der sich beide Seiten darauf verständigen könnten, dass die Ukraine in die NATO-Beitrittsgespräche einbezogen werde und die Russische Föderation ihre Unterstützung für die Separatisten einstelle. Drittens sei auch eine weitere Konfrontation denkbar, bei der die Ukraine auf die anhaltende Aggression stärker als bislang reagiere und einen konfrontativeren Kurs einschlage. In diesem Fall würde die Russische Föderation ihrerseits mit harten Maßnahmen reagieren und beispielsweise die Straße von Kertsch schließen. Wie die NATO darauf reagieren würde, sei offen. Hinsichtlich der NATO-Präsenz im Schwarzen Meer erklärte **Walter Feichtinger**, die NATO-Länder Bulgarien, Rumänien und die Türkei spielten eine wichtige Rolle für die regionale Stabilität.

Ein türkischer Abgeordneter stellte in der anschließenden Diskussion fest, die Türkei werde die Annexion der Krim nie anerkennen. Er betonte die wichtige Rolle der Russischen Föderation sowohl im syrischen, als auch im ukrainischen Konflikt. Die NATO-Mitgliedstaaten müssten ihre Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten und Partnern in der Region erfüllen. Er erläuterte, die faktische Anerkennung der Annexion der Golanhöhen durch Israel könne der Russischen Föderation eine zusätzliche Hebelwirkung in der arabischen Welt geben. Er erklärte zudem, dass in der Frage des Ankaufs von S-400-Systemen die Türkei erwarte, dass sich die NATO-Verbündeten über deren Folgen auf die Interoperabilität beraten.

7. Zukünftige Aktivitäten

Der Vorsitzender des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“, **Dr. Karl A. Lamers** (CDU/CSU), fasste die Tätigkeiten des Unterausschusses 2019 zusammen und gab einen Überblick über die geplanten Aktivitäten und Besuche des Ausschusses und des Unterausschusses im Jahr 2019.

IV. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte am Samstag, 1. Juni 2019, unter dem Vorsitz von **Michael R. Turner** (Vereinigte Staaten). Schwerpunkte der Beratungen waren die Entwicklung der Rüstungskontrolle im Rahmen des INF-Vertrages, der Umgang mit der Russischen Föderation, die sicherheitspolitische Bedeutung von Maßnahmen zur Abschreckung und die Lage in Afghanistan.

1. Vortrag von **Peter Gajdos**, slowakischer Verteidigungsminister, zum Thema „Die slowakischen Verteidigungsinteressen: Gegenwärtige und langfristige Herausforderungen“

Der slowakische Verteidigungsminister **Peter Gajdos** erläuterte die aktuellen Interessen der slowakischen Regierung im Bereich der Verteidigung und die slowakischen Beiträge zum sicherheitspolitischen Konzept der NATO. Er unterstütze das Bekenntnis der Mitgliedstaaten, für die Verteidigungsausgaben bis zum Jahr 2024 die Zielmarke von zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes erreichen zu wollen. Die Slowakei werde die nationalen Verteidigungsausgaben schrittweise anheben mit dem Ziel, zwei Jahre früher das Zwei Prozent Ziel zu erreichen. Die Slowakei unternehme große Anstrengungen zur Modernisierung des Militärs, das vor der Herausforderung stehe, die Abhängigkeit von ehemals sowjetischer bzw. russischer Ausrüstung zu verringern. Besondere Bedeutung habe weiterhin die personelle Ausstattung des Militärs. Dem insbesondere in der jüngeren Bevölkerung geringen Interesse an einer beruflichen militärischen Laufbahn werde auf nationaler Ebene durch Maßnahmen entgegen gewirkt. Dazu gehörten die Modernisierung der Ausrüstung, eine höhere Vergütung sowie die stärkere Einbeziehung der persönlichen Entwicklung des Personals in die Arbeitsorganisation. Er erläuterte die Bedeutung von Maßnahmen zur Steigerung der Einsatzbereitschaft, etwa die sog. Readiness Initiative, durch die 30 Bataillone, 30 Flugzeugstaffeln und 30 Schiffe innerhalb von 30 Tagen einsatzbereit sein sollten. Er betonte die Bedeutung, dieses Projekt mit bereits bestehenden Maßnahmen zu harmonisieren. Im Hinblick auf den NATO-Einsatz in Afghanistan unterstrich er die Bedeutung des Prinzips solcher Missionen, das auf dem Grundsatz der gemeinsamen Durchführung („in together, out together“) basiert bleiben müsse. Der slowakische Beitrag zu Ausbildungsmissionen sei insbesondere die Minenräumung. Er forderte, dass beim Aufbau des neuen G5-Mobilfunknetzes ein stabiler und sicherer Betrieb gewährleistet sein müsse. Angesichts drohender Angriffe auf kritische Infrastruktur müsse der Cyberraum in der NATO als weitere Waffengattung angesehen werden.

In der anschließenden Diskussion erkundigte sich **Lord Campbell of Pittenween** (Vereinigtes Königreich), inwiefern die Slowakei als Nachfolgestaat der Sowjetunion weiterhin auf russische Ausrüstung angewiesen sei. **Peter Gajdos** erläuterte, in einigen Bereichen bestünden Abkommen mit der Russischen Föderation, um bestehende Waffensysteme im Betrieb halten zu können. Die Slowakei setze vermehrt auf andere Waffensysteme, so dass der Einsatz russischer Ausrüstung reduziert und perspektivisch vollständig ersetzt werden könne. **Franklin van Kappen** (Niederlande) erkundigte sich nach der Unterstützung in der slowakischen Zivilbevölkerung für die NATO und fragte, inwiefern in der Zukunft als Reaktion auf Bedrohungen im Cyberraum auch offensive Fähigkeiten erlangt werden sollten. **Peter Gajdos** erklärte, dass die Zustimmungswerte in der slowakischen Bevölkerung gegenüber der NATO stabil seien. Die slowakische Regierung bekenne sich deutlich zur Einbindung in die Europäische Union und NATO. Im Hinblick auf den bevorstehenden Beitritt der Republik Nordmazedonien sprach er sich für die NATO-Politik der „Offenen Tür“ aus. Für die Reaktion auf Bedrohungen im Cyberraum müssten zunächst defensive Fähigkeiten im Vordergrund stehen. Perspektivisch sei jedoch ein Angriff die beste Verteidigung, sodass schrittweise die offensiven Fähigkeiten ausgebaut werden sollten. **Iciar de Castro** (Spanien) und **Joaquim Pueyo** (Frankreich) erkundigten sich nach dem Verhältnis und der Vereinbarkeit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit in der Europäischen Union (PESCO) mit Aktivitäten der NATO. **Peter Gajdos** erläuterte, dass er beides für kompatibel halte. In den letzten Jahren hätten die EU und die NATO ihre Kooperation vertieft. Eine faire Lastenverteilung müsse weiterhin gewährleistet und Finanzmittel auch zur Unterstützung kleiner und mittelgroßer Mitgliedstaaten eingesetzt werden. **Bob Stewart** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich nach dem Umgang der slowakischen Regierung mit der Situation in der Ukraine. **Peter Gajdos** erläuterte, dass auf allen Ebenen gute Beziehungen zur Ukraine bestünden. Die Slowakei unterstütze die Beitrittsperspektive der Ukraine und führe Ausbildungsmissionen durch. Die Slowakei leiste finanzielle sowie humanitäre Hilfe. Die Bereitstellung von slowakischen Truppen zur Sicherung der Ostflanke der NATO sei ein wichtiges Signal. Weitere Schritte zur Lösung der Situation könnten durch diplomatische Initiativen auf Ebene der Vereinten Nationen unternommen werden.

2. Vortrag von Elisabeth Braw, Direktorin des Projekts „Abschreckung“ im Royal United Services Institute (RUSI), zum Thema „Moderne Abschreckung“

Elisabeth Braw erklärte, die Bedrohungen für die nationale Sicherheit hätten sich verändert. Neben klassischen militärischen Bedrohungen gewannen Eingriffe in die Zivilgesellschaft an Bedeutung. Dazu gehörten beispielsweise Cyberangriffe auf kritische Infrastruktur, strategische Investitionen zur Beeinflussung des Wirtschaftsverkehrs oder Desinformationskampagnen. Diese würden teilweise auch durch nichtstaatliche Akteure ausgeführt. Auf die veränderte Bedrohungslage müsse die NATO mit einem modernisierten Abschreckungskonzept reagieren, das – neben militärischen Optionen – auch andere Akteure der Gesellschaft einbeziehe. Dazu gehörten beispielsweise Maßnahmen, die die Bevölkerung auf mögliche Gefahrenlagen vorbereiteten und die Auswirkungen solcher Attacken minimierten. Das Bewusstsein, dass die nationale Sicherheit nicht nur für militärische Akteure wichtig sei, müsste gefördert werden. Eine bessere Vorbereitung der Zivilgesellschaft könne einen zusätzlichen Abschreckungseffekt erzielen.

In der anschließenden Diskussion erkundigte sich **Wouter de Vriendt** (Belgien) nach der Rolle dezentralisierter Energienetze. **Elisabeth Braw** erklärte, dass diese ein mögliches Mittel sei, um die Infrastruktur weniger anfällig für Angriffe zu machen. Ein gegebenenfalls erforderlicher Umbau der Energienetze hänge vom politischen Willen und wirtschaftlichen Möglichkeiten ab. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich nach den Möglichkeiten zum Schutz der Unterseekabel. **Elisabeth Braw** erklärte, diese seien für die globale Vernetzung sowie die Kommunikationsfähigkeit äußerst wichtig. Patrouillen und Zugangsbeschränkungen an den Austrittsorten könnten zum Schutz beitragen. Angriffe auf die Infrastruktur könnten nicht völlig ausgeschlossen werden, so dass die Bevölkerung und staatliche Institutionen auf mögliche Systemausfälle vorbereitet und Reaktionsmöglichkeiten aufgezeigt werden müssten.

3. Vortrag von Katarzyna Kubiak, Mitglied des European Leadership Network, zum Thema „Der Niedergang des INF – Auswirkungen auf die europäische Sicherheit“

Katarzyna Kubiak erläuterte vor dem Hintergrund des Austritts der Vereinigten Staaten aus dem Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (Intermediate Range Nuclear Forces; INF) am 2. August 2019 mögliche Optionen der NATO im Umgang mit der Russischen Föderation. Im militärischen Bereich bestehe die Möglichkeit, vorhandene Raketenabwehrsysteme auszubauen. Dies habe zahlreiche Nachteile, zu der beispielsweise die örtliche Begrenztheit, die lange Entwicklungsdauer, hohe Kosten und eine Gefährdung der politischen Stabilität gehörten. Ein möglicher Einsatz neuer konventioneller Raketen in Europa widerspreche dem Bekenntnis des Bündnisses. Das NATO-Raketenabwehrsystem sei defensiv ausgerichtet und könne im Falle von Meinungsunterschieden dessen Spaltung befördern. Denkbar sei eine Modernisierung von Teilen des nuklearen Potentials der Vereinigten Staaten, das keine zusätzliche Stationierung von Waffen auf europäischem Boden erfordere. Mehrere Möglichkeiten ergäben sich im Bereich der Rüstungskontrolle. Die Vereinigten Staaten und die Russische Föderation könnten gemeinsam Verhandlungen über ein globales Rüstungskontrollabkommen mit dem Ziel initiieren, Staaten einzubeziehen, die bislang nicht Vertragspartei einer solchen Vereinbarungen seien, wie beispielsweise die Volksrepublik China. Auch sei eine Regionalisierung des INF-Vertrages denkbar, bei der die NATO keine in den Anwendungsbereich des Vertrages fallenden Raketen an Land stationieren dürfe und Russland diese hinter den Ural zurückziehen müsse. Für die NATO stelle dies ein größeres Risiko für den Fall dar, dass eine Rückverlegung der Raketen erforderlich werden sollte. Des Weiteren müssten Mechanismen errichtet werden, die die Transparenz und das Vertrauen zwischen beiden Seiten stärken könnten. Möglich wäre die Einberufung eines Expertengremiums im Rahmen der Vereinten Nation oder ein globaler Rüstungskontrollgipfel. Sie erklärte, es wäre wünschenswert, wenn zumindest teilweise die angeblichen Beweise für die Verstöße der Russischen Föderation gegen den INF-Vertrag offengelegt werden würden.

In der anschließenden Diskussion erkundigte sich **Mike R. Turner** (Vereinigte Staaten) unter Verweis auf die Erklärung der NATO-Außenminister im Dezember 2018, inwiefern Russland gegen den INF-Vertrag verstoße. **Katarzyna Kubiak** erklärte, die Vertragsverletzungen durch die Russische Föderation seien nach vier Jahren Informationsaustausch festgestellt worden. Medienberichten zufolge stuften deutsche Geheimdienste die Informationen über die Verstöße als glaubwürdig ein. Die entsprechenden Informationen seien nach wie vor nicht öffentlich zugänglich. **Dr. Alexander S. Neu** (DIE LINKE.) erkundigte sich nach möglichen bilateralen Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und einzelnen NATO-Mitgliedstaaten für den Fall, dass kein Konsens über die Stationierung von bodengestützten Raketen erzielt werde. Im Hinblick auf Tests mit neuen „Tomahawk“-

Raketen fragte er, inwiefern eine Bestückung mit Nuklearsprengköpfen möglich sei. **Katarzyna Kubiak** erläuterte, bilaterale Abkommen seien möglich, bislang hätte jedoch kein Staat öffentlich ein Interesse an der Stationierung solcher Raketen geäußert. Die neuen Atomsprengköpfe würden nur mit konventionellen Sprengköpfen getestet. **Borys Tarasyuk** (Ukraine, assoziiertes Mitglied) erkundigte sich wegen des bilateralen Charakters des INF-Vertrages nach der Rolle weiterer Staaten und fragte, ob Länder wie die Ukraine Mittelstreckenraketen produzieren dürften, um auf eventuelle Bedrohungen durch Russland reagieren zu können. **Katarzyna Kubiak** erläuterte, dass der Vertrag – trotz seines ursprünglich bilateralen Charakters – durch die Auflösung der Sowjetunion eine Multilateralisierung erfahren habe und die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion binde. Auch nach einem Ausstieg der Vereinigten Staaten entfalte der Vertrag Wirkung. Vor allem im Bereich der Rüstungskontrolle könnten andere Staaten eine wichtige Rolle spielen. Die Frage, ob Nachfolgestaaten der Sowjetunion an das Abkommen gebunden seien, werde in der Rechtswissenschaft uneinheitlich beantwortet. **Vesel Memedi** (Nordmazedonien, assoziiertes Mitglied) erkundigte sich mit Blick auf die Volksrepublik China nach den möglichen Folgen einer Auflösung des INF-Vertrages. **Katarzyna Kubiak** erläuterte, Russland und die Vereinigten Staaten hätten deutlich gemacht, dass der Vertrag ohne eine Einbeziehung Chinas die militärische Situation nur unzureichend abbilde. China verfüge seit den 1970er Jahren über konventionelle und nukleare Marschflugkörper. Gespräche auf internationaler Ebene zur Einbeziehung Chinas in das Abkommen seien ohne Ergebnis geführt worden. China für ein solches Abkommen zu gewinnen, könne nach einem langen Überzeugungsprozess möglich sein, in dem die Vorteile – wie etwa Transparenz und Stärkung der Sicherheitsinteressen – aufgezeigt werden müssten.

4. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Eine neue Ära der nuklearen Abschreckung? Modernisierung, Rüstungskontrolle und alliierte Nuklearstreitkräfte“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Joseph A. Day (Kanada)

Generalberichterstatter **Joseph A. Day** (Kanada) erläuterte, Nuklearwaffen seien ein wichtiger Teil der Abschreckungsstrategie der NATO. Bei der Bereitstellung der Infrastruktur sei eine gerechte Lastenteilung notwendig. Besondere Bedeutung komme der Modernisierung der Nuklearstreitkräfte zu. Einige Staaten hätten bereits Schritte unternommen. Die Russische Föderation werde voraussichtlich bis 2024 ihr nukleares Arsenal modernisieren und habe 2018 sechs neue Waffensysteme vorgestellt. Die Volksrepublik China beabsichtige derzeit, vor allem ihre Zweitschlagkapazität zu stärken und ein seegestütztes Waffensystem zu entwickeln. Die Zukunft des INF-Vertrages sei fraglich. Als Reaktion auf einen offenkundigen Verstoß durch die Russische Föderation gegen Bestimmungen des Vertrages hätten die Vereinigten Staaten ihren Rückzug angekündigt mit dem Argument, der Vertrag könne das Sicherheitsniveau nicht gewährleisten und könne sich nachteilig auf vergleichbare Vertragswerke zur Rüstungskontrolle auswirken. Die Russische Föderation solle daher aufgefordert werden, die Verstöße umgehend einzustellen. Außerdem müsse über die Folgen einer Aufkündigung des Vertrages diskutiert werden. Dazu gehöre die Einbeziehung von Staaten, wie beispielsweise die Volksrepublik China, die bislang nicht in Rüstungskontrollabkommen eingebunden seien.

In der anschließenden Diskussion erkundigten sich **Paul Cook** und **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) nach Handlungsmöglichkeiten gegenüber der Russischen Föderation. **Joseph A. Day** erläuterte, dass die Situation eine bedeutsame politische Dimension habe. Auf diesem Wege müsse weiterhin nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden. Mit Blick auf den INF-Vertrag sei die Russische Föderation für die Situation verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit könne in einer offiziellen Erklärung der NATO festgestellt werden.

5. Beratung des Berichtsentwurfs „Die Entwicklung der Sicherheitslage im Nordatlantischen Raum“, des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ vorgelegt von dem Berichterstatter Nicholas Soames (Vereinigtes Königreich)

Berichterstatter **Nicholas Soames** (Vereinigtes Königreich) erläuterte die aktuelle sicherheitspolitische Bedeutung des nordatlantischen Raumes. Dieser sei für die Gewährleistung des Schiffs- und Luftverkehrs, der Handelsströme, der Kommunikation und die Förderung von Rohstoffen überaus bedeutsam. Die NATO sei vor diesem Hintergrund noch stärker als in der Vergangenheit auf die Sicherung dieses Gebietes angewiesen. Darauf reagiere die Russische Föderation, indem sie ihre militärische Ausrüstung modernisiere und die Mobilität ihrer Einheiten stärken wolle. Die NATO müsse der Bedeutung des nordatlantischen Raumes – insbesondere im Gebiet der sog. GIUK-Lücke zwischen Grönland, Island und dem Vereinigten Königreich – noch stärker Rechnung tragen. Zwar hätten einige Staaten der Allianz in bestimmten Bereichen ihre Investitionen erhöht; es müsse jedoch noch mehr

getan werden. Dazu gehöre, die Errichtung neuer Basen an strategisch wichtigen Punkten zu prüfen. Darüber hinaus müsse die Finanzierung der Flotten sowie der Luftwaffe, bei der einige Waffensysteme innerhalb des nächsten Jahrzehnts das Ende ihrer technischen Lebensdauer erreichen würden, gestärkt werden. Insgesamt müsse die NATO einen strategischen Fokus auf den Nordatlantik richten.

6. Vortrag von Dr. Ulrich Pilster, Polizeibeamter bei der NATO, zum Thema „Afghanistan 2019 – Frieden, Politik und Sicherheit“

Dr. Ulrich Pilster erläuterte, die NATO unterstütze den Abschluss eines Friedensabkommens zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban. Zentrale Punkte eines Abkommens seien, dass die Taliban keine weiteren terroristischen Handlungen vornehmen dürften und es in der Folge zu einem Abzug der ausländischen Truppen und einem umfassenden Waffenstillstand komme. Schließlich solle es einen gesamtgesellschaftlichen Dialog innerhalb Afghanistans über die zukünftige Entwicklung geben. Im April 2019 seien in Doha wichtige Schritte zur Förderung eines Dialoges zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban erzielt worden. Weiterhin sei eine politische Unterstützung von außen für diese Gespräche notwendig, insbesondere durch die Nachbarstaaten. Die NATO-Unterstützungsmission (Resolute Support Mission) zeige trotz einer herausfordernden Sicherheitslage deutliche Wirkungen. Als Beleg führte er die angestiegene Zahl an Sicherheitskräften an. Die NATO-Staaten hätten erneut deutlich gemacht, dass die Truppenpräsenz so lange aufrechterhalten werden solle, bis ein Friedensabkommen abgeschlossen und die Sicherheitslage die Entwicklung stabiler politischer und gesellschaftlicher Strukturen erlaube.

V. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit

1. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die NATO wird 70: Bekräftigung der Werte des Bündnisses“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Ulla Schmidt (SPD)

Generalberichterstatterin **Ulla Schmidt** (SPD) erläuterte, dass die im Nordatlantikvertrag aufgeführte Freiheit des Einzelnen und die Grundsätze des Rechts auch heute noch die zentralen Werte des Bündnisses und das Fundament der gemeinsamen Interessen seien. Die freiheitlich-demokratische Ordnung sei heute nicht mehr selbstverständlich und das Vertrauen in die politischen Institutionen sinke, während sich die, durch die sozialen Medien gestärkten, radikalen Kräfte auf dem Vormarsch befänden. Diese sei nur eine Entwicklung, die die Geschlossenheit des Bündnisses schwächen könne. Die NATO sei in einer Zeit entstanden, in der die Ideologie die Schlüsselrolle im globalen Diskurs gespielt habe. Das westliche Lager habe für sich beansprucht, die liberale Demokratie gegenüber der kommunistischen Tyrannei zu vertreten und sich dezidiert als Bündnis der Demokraten präsentiert, was größtenteils auch gestimmt habe. Während der Zeit des Kalten Krieges habe die große Mehrheit der NATO-Mitglieder sich ernsthaft zur Freiheit des Einzelnen und zu den Menschenrechten bekannt. Die westdeutsche NATO-Mitgliedschaft habe dazu beigetragen, dass sich das westdeutsche Militär an demokratische Grundsätze hielt. Die Bilanz der NATO als Bündnis der Demokraten sei durch das Gründungsmitglied Portugal getrübt worden, das damals von der Estado-Novo-Diktatur geführt wurde. Während der Kolonialkriege des portugiesischen Regimes in Afrika sei das autoritäre Regime von den mächtigsten Bündnispartnern nicht kritisiert worden. Für sie habe der Zusammenhalt des Bündnisses Priorität gehabt. Auch nach dem Militärputsch in Griechenland 1967 sei die militärische Zusammenarbeit der NATO trotz Kritik am „Regime der Obristen“ nur kurzzeitig ausgesetzt worden. Noch neutraler sei die Haltung des Bündnisses zu den verschiedenen Militärputschen in der Türkei gewesen, was der zentralen geostrategischen Bedeutung der Türkei geschuldet gewesen sei. In dieser Zeit habe die Parlamentarische Versammlung der NATO zur Wahrung der Werte des Bündnisses und zum Diskurs über die Fälle nicht-demokratischer Staatsführung beigetragen. Hierbei seien tiefe Gräben zwischen den Verbündeten im Umgang mit den autoritären Bündnispartnern entstanden. So sei einerseits von den skandinavischen und niederländischen Vertretern eine Nulltoleranzstrategie gegenüber Diktaturen gefordert worden, während ein anderer Teil die durch einen kritischen Diskurs im Innern verursachte Schwächung der NATO gegenüber dem Ostblock befürchtet habe. Die Laxheit des Bündnisses im Kalten Krieg habe später zu Problemen geführt, als sich beispielsweise Griechenland und Portugal nach der Überwindung der Diktaturen von der NATO distanzieren. In den darauffolgenden 1990er und 2000er Jahren habe die NATO in Zeiten wachsender liberaler Demokratie ihre politisch-militärische Identität viel stärker betont und sich in den strategischen Konzepten für die Stärkung der Demokratie in ganz Europa eingesetzt. Die NATO-Politik der „Offenen Tür“ habe die demokratischen Werte auch jenseits der Bünd-

nisgrenzen gefördert. Dies sei neben den Beitrittsvoraussetzungen der EU auch auf die der NATO zurückzuführen. Die Versammlung habe durch ihr Rose-Roth-Programm und weitere Maßnahmen ihren Beitrag hierzu geleistet. **Ulla Schmidt** verwies auf die Beitrittsverhandlungen mit der Slowakei und Nordmazedonien, die unter anderem von der Schaffung einer demokratischen staatlichen Struktur abhängig gemacht worden seien. Mit Blick auf die Beitrittsverhandlungen mit Bosnien und Herzegowina, Georgien und der Ukraine sei die Mitgliedschaft ebenfalls von demokratischen Reformen abhängig. Die Werte der NATO seien zudem auch außerhalb des Bündnisgebietes relevant. So seien die Luftschläge gegen Jugoslawien im März 1999 mehr mit humanitären Gründen und weniger mit Sicherheitsaspekten gerechtfertigt worden. Seit der Wirtschaftskrise 2008-2009 scheine die liberale Demokratie nun vor allem in den Industrieländern zu erodieren, was auch durch die Nichtregierungsorganisation Freedom House in Bezug auf die NATO-Mitgliedstaaten, insbesondere auf Polen und Ungarn, festgestellt worden sei. Die Blütezeit des Liberalismus der 1990er und 2000er Jahre sei vorbei. An ihre Stelle trete eine immer mehr ausgeprägte Tendenz zum Populismus, ein sinkendes Vertrauen der Öffentlichkeit in politische Institutionen und ein Zuwachs der EU-kritischen Parteien, die die öffentliche Meinung durch Kritik an der Bürokratie und dem Demokratiedefizit der EU anheizen würden. Zwar scheine das US-amerikanische politische System noch immun, doch habe die Kluft zwischen den Parteien und die Polarisierung zugenommen. Trolle, Bots und Cyber-Tools hätten Russland in die Lage versetzt, sich in einige europäische Wahlen einzumischen. Dem müsse man aktiver begegnen. Dem durch die größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich und dem weltweit leichten Rückgang demokratischer Strukturen verstärkten politischen Misstrauen stehe die gesteigerte politische Teilhabe von Frauen gegenüber. Das immer noch große politische Interesse der Bevölkerung an der NATO dürfe nicht durch ein Misstrauen der Bündnispartner untereinander gefährden und sich dadurch auf die transatlantische Sicherheit auswirken. Daher sei es notwendig, die NATO offensiver zu fördern. **Ulla Schmidt** verwies auf ihre Vorschläge im Generalberichtsentwurf, wonach ein NATO-Ausschuss oder alternativ ein Berichterstatter eingesetzt werden solle, der die Einhaltung der zentralen Werte überwachen solle. Ebenso sei ein stärkeres demokratisches Bekenntnis im Strategischen Konzept der NATO denkbar. Das Bündnis müsse sich bei der Umsetzung der Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit stärker engagieren. Andere, in dem Generalberichtsentwurf behandelte Themen lägen außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Bündnisses und seien daher auf nationaler und regionaler Ebene umzusetzen. Hierunter fielen die Bereiche Grenz- und Asylpolitik sowie die Bekämpfung der Finanz- und Cyberkriminalität.

In der anschließenden Diskussion bekundete **Vitalino Canas** (Portugal), dass damals die Aufnahme Portugals in die NATO in nationalen demokratischen Kreisen für Kritik gesorgt habe. Allerdings sei auch allen bewusst gewesen, dass eine Mitgliedschaft im Bündnis die Vermittlung dessen Grundwerte und damit auch einen Systemwandel im Land vorantreibe. Er forderte, dass dieser Vorgang die Versammlung daran erinnern solle, geduldig zu sein. Um einen besseren Schutz von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit voranzubringen, sei Flexibilität notwendig. **Muhammet Naci Cinisli (Türkei)** erklärte, auf Grund gemeinsamer Interessen werde die Türkei weiterhin mit Russland zusammenarbeiten. Die Türkei unterstütze jedoch das Vorgehen der NATO gegenüber Russland. Er regte an, den dritten und vierten Satz in Paragraph 39 des Berichtsentwurfs zu streichen. **Ulla Schmidt** erklärte, es sei besser die betroffenen Punkte anzugehen, als sie zu ignorieren. **Angel Tilvar** (Rumänien) regte an, die Ergebnisse der von der Versammlung eingesetzten Arbeitsgruppe „Bildung und Kommunikation über die NATO“ in den Bericht zu übernehmen. **Mary Creagh** (Vereinigtes Königreich) betonte die Bedeutung des Kampfes gegen Desinformationskampagnen und gegen das öffentliche Misstrauen. Sie wies auf die geringe Reichweite der Anti-Desinformationskampagne der EU hin und sprach sich für eine Einbeziehung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen in die Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit aus. Sie kritisierte die Untätigkeit der NATO während der Übergriffe auf die Bevölkerung im Syrienkonflikt. **Aleksandrs Kirsteins** (Litauen) wies darauf hin, dass sowohl die polnische, als auch die ungarische Mehrheit der Bevölkerung die Politik von Jaroslaw Kaczynski und Viktor Orban unterstütze. Die NATO solle die Regierungen daher auch unterstützen, um demokratischen Grundwerten gerecht zu werden. **Ulla Schmidt** erklärte, jedem Land stehe es frei, sich eine eigene politische Struktur zu geben, allerdings nur unter Wahrung der Unverletzlichkeit der Menschenrechte. **Jane Cordy** (Kanada) bekundete, während den vergangenen Wahlen in Kanada habe sich die Rhetorik gegen Zuwanderung verschärft. Für die nächste Jahrestagung regte sie einen Vortrag über Frauen, Frieden und Sicherheit an. **Irakli Beraia** (Georgien, assoziiertes Mitglied) erbat eine besondere Erwähnung der positiven Entwicklung Georgiens im Bericht. Abgeordnete **Ulla Schmidt** erklärte, die Bündnispartner würden die georgischen Bemühungen anerkennen, diese seien allerdings nur ein Teil der im Bericht thematisierten Gesamtentwicklung. **Giorgi Kandelaki** (Georgien, assoziiertes Mitglied) unterstrich die im Berichtsentwurf angesprochene rus-

sische Bedrohung, insbesondere durch den Export von Korruption. Soweit nicht bereits erfolgt, solle jeder Bündnispartner den Global Magnitsky Act in nationales Recht umsetzen. Die Zukunft der georgischen Mitgliedschaft hänge von den weiteren demokratischen Fortschritten im Land ab und er hoffe, dass die anstehenden Wahlen von der internationalen Staatengemeinschaft auf deren ordnungsgemäßen Ablauf beobachtet werden. **Nils Kirsten Sandtroen** (Norwegen) betonte ein wachsendes soziales Ungleichgewicht in Norwegen und urteilte, dass es richtig sei, diese globale Tendenz im Westen zu diskutieren. **Linda Sanchez** (Vereinigte Staaten) betonte ebenfalls das wachsende soziale Ungleichgewicht, welches auch die demokratischen Grundstrukturen untergrabe. Sie rief die Mitgliedstaaten auf, gemeinsam an der Bekämpfung von Steuerflucht und -vermeidung zu arbeiten.

2. Vortrag von **Elisabeth Braw**, Royal United Services Institut (RUSI), zum Thema „Moderne Abschreckung“

Elisabeth Braw, Forschungsbeauftragte und Direktorin des „Modern Deterrence Projects“ am Royal United Services Institut (RUSI), erklärte, die NATO sei für die klassische Abschreckung geschaffen worden. Heute bedürfe es einer aktualisierten Form der Abschreckung, die auch die neuen Bedrohungen durch Cyberangriffe, Desinformationskampagnen, Wahlmanipulation, feindliche Investitionen und die Übernahme systemrelevanter Anteile nationaler Infrastruktur erfasse. Sie sprach von einer Aufrüstung der Globalisierung („Weaponization of globalisation“), deren unberechenbaren Angriffen die verbündeten Staaten wehrlos ausgesetzt seien. Sie betonte, dass moderne Abschreckung die gesamte Gesellschaft, nicht nur staatliche und militärische Einrichtungen, erfasse, um das Ziel eines vereinten Schutzes durch jeden Teil der Gesellschaft zu erreichen. Der private Sektor sei dabei einer der am wenigsten genutzten Bereiche. Selbst die größten Unternehmen könnten sich nicht ausreichend gegen „gemischte“ Angriffe (blended Aggression) als Teil der hybriden Kriegsführung verteidigen. Die Unternehmen müssten daher mit ihren Staaten zusammenarbeiten.

In der anschließenden Diskussion bestätigte **James Costa** (Vereinigte Staaten), dass nur ein gemeinsames konstruktives Vorgehen geeignet sei, um die Menschen die Bedeutung der Parlamentarischen Versammlung der NATO nahezubringen. **Elisabeth Braw** wies auf transnationale Bedrohungen hin, die bisher weniger im Blickpunkt der NATO stünden. **Brigitte Grouwels** (Belgien) bat um Erläuterung, inwieweit der private Sektor in die vorgestellte Schutzschildstrategie einbezogen werden könne. **Elisabeth Braw** erklärte, zwischen dem nationalen privaten Sektor und dem Verteidigungsministerium bestünden oft Feindseligkeiten, daher sei eine Einbeziehungen von unternehmerischen Führungskräfte in Aufgaben des staatlichen Krisenmanagements und in die allgemeinen Beratungen angebracht. Die Staaten sollten für die Mitarbeit Anreize schaffen. Auf die Frage, wie die Staaten bezüglich Cyberangriffen und Falschnachrichten vorgehen sollten, erläuterte sie, dass das Problem darin bestünde, dass offensive Cybertaktiken dann ihren Wert verlören, wenn sie einmal angewendet vom Gegner als defensive Fähigkeit übernommen worden seien. Kein Staat könne seine Bevölkerung vollständig gegen Desinformationen schützen, allerdings sollten die Staaten den Einzelnen zu einer reflektierten Nutzung von Informationen befähigen.

3. Beratung zur Ukraine

a. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“ zum Thema „Ukraine: fünf Jahre nach der Revolution der Würde“, vorgelegt von der Berichterstatterin **Jane Cordy** (Kanada)

Berichterstatterin **Jane Cordy** (Kanada) erklärte, wegen der erfolgten Parlamentswahlen stehe die Ukraine vor einem entscheidenden Jahr. Sie verbinde mit ihnen die Hoffnung, dass die vor fünf Jahren begonnene euro-atlantische Annäherung mit einem neu zusammengesetzten Parlament und einem neuen Präsidenten fortgesetzt werde. Sie lobte die Ukraine für die Organisation demokratischer und fairer Wahlen, um trotz der ständigen Bedrohung aus dem Osten für einen friedlichen Übergang der politischen Macht zu sorgen. Der reibungslose Übergang politischer Macht zeige, wie weit sich die Ukraine von Russland entfernt habe. Gleichzeitig hob sie hervor, dass die Ukraine auf ihrem Weg zur EU- und NATO-Mitgliedschaft der Bevölkerung stärker die Vorteile der Mitgliedschaften erklären müsse. Erfolge bestünden vor allem bei der volkswirtschaftlichen Stabilität, der Reform des Energiesektors, der Schaffung einer Antikorruptionsbehörde, der Justizreform, der Privatisierung staatlicher Unternehmen, der Landreform und der Reformierung des Sicherheitssektors. Dennoch dürfe der Reformprozess nicht an Fahrt verlieren, vor allem im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung. **Jane Cordy** unterstrich, dass der Westen die ukrainischen Integrationsbemühungen unterstützen solle. Sie schlug hierzu ein gut

unterstütztes Reformpaket im Stil eines neuen Marshallplans vor. Aus ukrainischer Sicht würde eine Unterstützung durch die NATO und der EU auch die Daseinsberechtigung der beiden Organisationen fördern. Zwar sei es noch ein langer Weg zur ukrainischen Mitgliedschaft, allerdings müsse ein klares Zeichen gesetzt werden, dass diese mit Erfüllung der Aufnahmekriterien erreichbar sei. Die Ukraine benötige auch weiterhin westliche Unterstützung zur Verteidigung und zur Sicherung der eigenen Grenzen. Die Präsenz der NATO im Schwarzen Meer sei von strategischer Bedeutung und der euro-atlantische Druck auf Russland notwendig, um die von Russland weiter vorangetriebene Destabilisierung der Ukraine zu stoppen sowie die russische Seite zur Einhaltung des Minsk II-Abkommens anzuhalten.

b. Vortrag von Marcel Pesko, Direktor des OSZE Konfliktpräventionszentrums, zum Thema „Die Erfolge der OSZE zur Förderung von Frieden und Sicherheit in der Ukraine“

Zur Situation in der Ukraine wies der Direktor des OSZE Konfliktpräventionszentrums **Marcel Pesko** darauf hin, dass der Konflikt deshalb besonders ausschlaggebend sei, weil er einerseits weit über die Donbass-Region hinausgehe und andererseits die Meinungsverschiedenheiten zwischen Ost und West aufzeige. Insbesondere zeige er den fehlenden russischen Willen zum gemeinsamen Dialog. Die OSZE spiele hierbei als inklusive Organisation unter Einbeziehung Russlands eine bedeutende Rolle. Dennoch sei der Konfliktverlauf stetig im Fluss und so unvorhersehbar, dass eine endgültige Lösung noch nicht absehbar sei. Die OSZE sei mit fast 1.400 Personen und 100 Millionen Euro Finanzkraft vor Ort vertreten, dennoch bekomme sie keinen Zugang zur Krim, obwohl sie ein für die gesamte Ukraine geltendes Mandat besitze. Die täglichen Verstöße gegen die vereinbarte Waffenruhe würde die OSZE mit Drohnen, Kameras, Tonaufnahmen und Patrouillen dokumentieren. Auch wenn die Verletzungen gut dokumentiert seien, fehle es an einer zwangsweisen Durchsetzung des Friedens. Der Donbass sei eine stark vermintete Region und die Verminung dauere weiter an. Die drei Millionen Einwohner vor Ort seien unmittelbar durch diese bedroht und ca. eine Millionen Einwohner seien durch den Grenzübergang besonders gefährdet. Ein Großteil der Opfer an der Demarkationslinie sei darauf zurückzuführen, dass medizinischem Personal der Zugang zu den Gebieten verweigert worden sei. Russland halte weiterhin ukrainische politische Gefangene fest. Nur ein stärkerer Dialog zwischen den Konfliktparteien über das Normandie-Format bzw. über die präsidiale Ebene hinaus könne den Friedensprozess voranbringen. Hierzu sei auch eine internationale Polizeimaßnahme in Form einer Friedenssicherungsmission der Vereinten Nationen oder einer übergangsweisen Verwaltung der Region zielführend.

c. Vortrag von Jonas Ohman, Leiter der Nichtregierungsorganisation Blue/Yellow, zum Thema „Unterstützung durch Nichtregierungsorganisationen der bewaffneten Streitkräfte in der Ukraine – Eine Anti-Hybrid Lösung“

Jonas Ohman stellte zu Beginn seines Vortrages zwei Videos über die Arbeit seiner Nichtregierungsorganisation bei der Unterstützung der bewaffneten Streitkräfte und der Bevölkerung im Donbass seit 2014 vor. Die in Litauen ansässige Organisation sammle Spenden, um die Versorgung der Streitkräfte und der Zivilbevölkerung in der Region sicherzustellen. Daneben arbeite sie auf politischer Ebene mit. Der Konflikt sei nicht mit traditionellen militärischen Mittel zu gewinnen, die militärische Präsenz sei aber notwendig, um den Verhandlungsdruck gegenüber der Gegenseite aufrechtzuerhalten. Russland sei das Problem und nicht die Lösung.

In der Diskussion wies **Tomas Jirsa** (Tschechien) darauf hin, dass der Berichtsentwurf mehr Informationen zur Stellung der Oligarchen in der Ukraine und der durch den Bau von Nordstream II steigenden Bedrohung der europäischen und ukrainischen Sicherheit enthalten solle. **Borys Tarasyuk** (Ukraine, assoziiertes Mitglied) bat um mehr Unterstützung seines Landes im Konflikt. So brauche die Ukraine eine klare Perspektive auf eine Mitgliedschaft in der NATO und der EU, ebenso aber auch eine verstärkte Unterstützung durch defensive Waffensysteme. Er unterstütze die Einrichtung einer Friedenssicherungsmission der Vereinten Nationen in den von den ukrainischen Streitkräften nicht kontrollierten Gebieten. **Zaida Canterra** (Spanien) fragte, inwieweit Russland das Problem und nicht die Lösung sei und inwieweit eine Lösung ohne Einbeziehung Russlands überhaupt realistisch sei. Sie erkundigte sich, inwieweit die Nichtregierungsorganisation mit der ukrainischen Regierung und der Zivilbevölkerung verbunden sei und um welche Art von Unterstützung, militärisch oder humanitär, es sich handle. **Jonas Ohman** versicherte, es würden keine Waffen geliefert, jedoch alles für die Versorgung der Streitkräfte Notwendige. Nichtregierungsorganisationen seien oft effizienter als die ukrainische Regierung. **James Costa** (Vereinigte Staaten) wies darauf hin, dass Elemente geeignet sind, als Grundlage zur Erarbeitung eines

umfassenden Friedensplans herangezogen zu werden. Die Bündnispartner müssten sich fragen, ob ein solcher Plan für die Ukraine die Unterstützung der EU, der Vereinigten Staaten und Kanadas erhalten könne.

4. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Grenzsicherheit“, vorgelegt vom Sonderberichterstatter Lord Jopling (Vereinigtes Königreich)

Lord Jopling (Vereinigtes Königreich) erklärte, der europäische Grenzschutz sei wegen des außergewöhnlichen Zustromes von vor Gewalt und Armut Fliehenden ein Anliegen von höchster Priorität geworden. Sein Sonderbericht untersuche die drei Bereiche einer verstärkten kooperativen Zusammenarbeit beim Grenzschutz zu Land, zur See und an Flughäfen. Illegale Einwanderung werde oft zu innenpolitischen Zwecken in der Öffentlichkeit falsch dargestellt. Ziel seines Berichtes sei daher die faktenbasierte Information über die tatsächlichen Grenzübertritte, verbunden mit den damit auftretenden menschenrechtlichen Problemen. Im Bereich der Grenzübertritte über Land behandle sein Bericht die Herausforderungen an den Grenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko, den Fluchtkorridor über den Westbalkan und die spanischen Enklaven in Nordafrika. Hinsichtlich der amerikanischen Grenze würde sich die Lage stetig ändern, sodass der Bericht bis zur Jahresversammlung aktualisiert werde. Zwar bestehe ein nationaler Diskurs über den tatsächlichen Nutzen und die Finanzierung der von der Trump-Administration vorangetriebenen Grenzmauer, dieser sei jedoch rein innenpolitisch und damit eine allein in die amerikanische Souveränität fallende Entscheidung. Dennoch könne diese Diskussion in den Vereinigten Staaten das Verständnis von einer effektiven Grenzsicherung über Land im Allgemeinen bereichern. Lord Jopling führte aus, dass weit über die Hälfte der illegalen Einwanderer in den vergangenen Jahren legal eingereist und nach Ablauf des Aufenthaltsrechts in den Vereinigten Staaten geblieben sei. Bei einem Anteil von 38 Prozent der über den Landweg unkontrolliert Zugewanderten seien die amerikanischen Sicherheitsbedenken jedoch berechtigt. Zum Fluchtkorridor über den Westbalkan stellte Lord Jopling fest, dass im Zeitraum 2015 bis 2016 über eine Millionen Menschen die Route nach Europa genommen habe. Die Zahlen seien in der Folgezeit jedoch stark gesunken. Die ursprüngliche Route habe sich nach Albanien, Montenegro und Bosnien und Herzegowina verlagert. Zurzeit seien Tausende an der bosnisch-kroatischen Grenze gestrandet und lebten unter alarmierenden humanitären Bedingungen. In Bezug auf die spanischen Enklaven in Nordafrika sei die Zahl der versuchten Grenzübertritte durch Überklettern oder Erstürmen der Grenzzäune in den vergangenen Jahren gestiegen. Spanien betone die begrenzten eigenen Mittel, um den stetigen Zustrom an Neuankömmlingen aufzunehmen. Mit Blick auf die Seegrenzen, insbesondere auf die kontrovers diskutierte Mittelmeerregion, sei die Anzahl der Neuankömmlinge seit 2015 gesunken. Die ursprüngliche Fluchtroute zwischen Griechenland und der Türkei habe sich auf den westlichen Mittelmeerraum in Richtung Spanien verschoben. Diese Entwicklung sei das Ergebnis der Vereinbarungen zwischen der EU und der Türkei, der gemeinsamen Anstrengungen Italiens und Libyens in der Grenzsicherung sowie die Schließung von maltesischen und italienischen Häfen für Hilfsschiffe von Nichtregierungsorganisationen. Nicht außer Acht gelassen werden dürften die massiven Verletzungen von Menschenrechten durch Grenzpatrouillen und Schmugglern in Libyen, die akut schlechten Lebensbedingungen libyscher Aufnahmeeinrichtungen und die 2018 gestiegene Zahl Ertrunkener. Hinsichtlich der Grenzsicherheit an Flughäfen wies Lord Jopling auf die seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 verbesserte globale Flugüberwachung hin. Dennoch seien durch die voranschreitende technologische Entwicklung auch neue Bedrohungspotentiale, wie beispielsweise durch Cyberangriffe auf Flughafennetzwerke oder die Störung des Luftverkehrs durch Drohnen, entstanden. Abschließend erklärt Lord Jopling, dass bei der Grenzsicherung die politische Lösung stets mit der militärischen Seite abgestimmt sein sollte und die Bündnispartner die Bemühungen der EU, insbesondere von der Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache unterstützen sollten. Eine absolute Sicherung der Grenzen gegen illegale Einwanderung sei nicht möglich, vielmehr müsse der Grenzschutz mit einer effektiven Asyl- und Entwicklungshilfepolitik in den betroffenen Ländern verbunden sein.

In der anschließenden Diskussion betonte **Zaida Cantera** (Spanien), dass es wichtig sei, dass im Bericht keine Vorwürfe gegenüber Flüchtenden oder Nichtregierungsorganisationen erhoben würden. Spanien gehe gegen Menschenrechtsverletzungen vor und berücksichtige die humanitären Gesichtspunkte bei der Unterbringung der Flüchtlinge. Sie bat, diese Aspekte im Bericht aufzunehmen. **Lord Jopling** merkte an, dass die spanische Regierung für ihre Willkommenspolitik zu loben sei. **Angel Tilvar** (Rumänien) hob die positiven Entwicklungen in Rumänien, wie die Weiterentwicklung von Technologie und Infrastruktur, aber auch die Best Practice an der rumänischen Grenze und die Unterstützung der Westbalkanstaaten bei der Grenzsicherung hervor. **Marc Angel** (Luxemburg) betonte, dass Nichtregierungsorganisationen für 22 Prozent aller Such- und Rettungsmissionen im Mittelmeer verantwortlich seien und bat darum, dass deren Vertreter bei der Jahrestagung in London sprechen dürften. **Gevorg Gorgisyan** (Armenien, assoziiertes Mitglied) sprach über den Nagorny Karabach Konflikt, bei

dem 50.000 Flüchtlinge nach Armenien gekommen seien und die armenische Staatsbürgerschaft erhalten hätten. Er fragte, inwieweit diese Flüchtlinge an internationalen Programmen teilnehmen könnten, obwohl sie mittlerweile die armenische Staatsbürgerschaft besäßen. **Zan Mahnic** (Slowenien) bekundete, dass in Slowenien ein ungleicher Kampf gegen Schmuggler geführt werde. Diese würden von staatlich mitfinanzierten NGOs unterstützt. Daher erbitte er die Aufnahme einer stärkeren Bekämpfung von Schmugglern im Sonderbericht. **James Costa** (Vereinigte Staaten) erklärte, der Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko sei zunehmend politisch. Dies sei insbesondere durch die Aufnahme der Grenzsicherung in das Wahlkampfprogramm des amtierenden Präsidenten erfolgt, während sich die vorangegangene US-Regierung vornehmlich auf die Fluchtursachenbekämpfung konzentriert habe. Eine Lösung der Flüchtlingsfrage an der Südgrenze der Vereinigten Staaten sei nur mit einem amerikanisch-mexikanischen Konsens zu erreichen, der als politische Lösung zurzeit allerdings nicht absehbar sei. **Mary Creagh** (Vereinigtes Königreich) bat um die Aufnahme der amerikanischen Praxis der Familientrennung von latein- und südamerikanischen Flüchtlingen in den Sonderbericht. Eine zukünftige Flüchtlingskrise könne auch durch Folgen des Klimawandels, wie beispielsweise Ernteausfälle und den Kampf um Wasser, bedingt sein. Sie erwähnte, dass die gegenwärtige Attentatsserie russischer Spione auf britischem Staatsgebiet Lücken im Grenzschutz an den internationalen Flughäfen aufzeige.

5. Vortrag von **Balazs Jarabik**, freier Wissenschaftler des russisch-eurasischen Programms der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden, zum Thema „Aktuelles aus Osteuropa: Transformationsherausforderungen Weißrusslands und Moldawiens“

Balazs Jarabik erläuterte, Weißrussland und Moldawien befänden sich aktuell in sehr unterschiedlichen Situationen. Wegen der gestiegenen Ausgaben für den Einsatz in Syrien habe Russland die finanzielle Unterstützung Weißrusslands gekürzt. Die weißrussische Regierung sei mit der Durchführung der Parlamentswahlen und den Präsidentenwahlen in 2020 beschäftigt. Zwischen der reformorientierten Regierung und dem Staatspräsidenten Alexander Lukashenko bestünden Spannungen. Präsident Alexander Lukashenko stehe vor seiner letzten Amtszeit, in der er die Machtübergabe an einen Nachfolger klären müsse. Da das politische System Weißrusslands auf die Person des bald scheidenden Staatspräsidenten zugeschnitten sei, sähe sich das parlamentarische weißrussische System großen Herausforderungen gegenüber. Moldawien habe zwar demokratische Wahlen durchgeführt, im letzten Durchgang sei jedoch eine unerwartet hohe Zahl an Stimmkäufen festgestellt worden. Die Wahlen hätten auch nicht zu einer Regierungsbildung geführt, so dass Neuwahlen sehr wahrscheinlich seien. Die generelle Stimmung in Moldawien habe sich seit dem nationalen Bankenskandal 2014 verbessert und die nationale Wirtschaft habe sich durch die Unterstützung westlicher Kreditinstitute stabilisiert. Mit dem Rückgang russischer Arbeitskräfte im Land habe sich Moldawien von Russland losgelöst und sich der EU zugewendet. Eine bedeutende politische Wende habe sich im Konflikt um Transnistrien ergeben, in der eine politische Lösung des Konfliktes erreichbar scheine.

In der Diskussion erkundigte sich **Marc Angel** (Luxemburg) nach der Situation der Oligarchen in Weißrussland und wie die europäische Ostpartnerschaft verbessert werden könne. **Balazs Jarabik** erwiderte, dass es in Weißrussland mangels Privatisierung keine Oligarchen gäbe. Zur Ostpartnerschaft führte er aus, dass Moldawien sich erfolgreich entwickle und dass das mit der EU geschlossene Assoziierungsabkommen es ermöglicht habe, den Rückgang der Exporte in den russischen Markt mehr als auszugleichen. Im Gegensatz dazu habe Weißrussland durch die Ostpartnerschaft weitaus weniger profitiert. Dennoch werde dies als erfolgreicher Schritt aus der internationalen Isolation angesehen. Auf die Frage von **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) zu der Präsenz von russischen Streitkräften in Moldawien erklärte **Balazs Jarabik**, dass die militärische Präsenz Russlands in Transnistrien nicht abgenommen habe, wohl aber die finanzielle Unterstützung. Die Streitkräfte vor Ort seien zwar offiziell Russland zugehörig, bestünden aber zum überwiegenden Teil aus lokalen Kämpfern. Auf die Frage von **Aleksandrs Kirsteins** (Litauen) zur weißrussischen Ölindustrie erklärte **Balazs Jarabik**, dass die weißrussische Ölindustrie von günstigen Ankäufen russischen Öls abhängt, welche das Land dann teurer weiterverkaufe. Die daraus erzielten Gewinne kämen, da es keine Oligarchen im Land gäbe, der Bevölkerung unmittelbar zugute.

VI. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 1. Juni 2019, unter dem Vorsitz von **Ivans Klimentjevs** (Lettland). Zentrale Themen der Sitzung waren die Auswirkungen von wirtschaftlichem Populismus sowie die Chancen der digitalen Märkte und Internetsicherheit.

1. **Vortrag von Eric Jones, Direktor, European and Eurasian Studies, The School of Advanced International Studies, Johns Hopkins University, Baltimore, zum Thema „Die Herausforderung des wirtschaftlichen Populismus“**

Eric Jones erläuterte die Auswirkungen von Populismus auf die wirtschaftlichen Leistungen einer Gesellschaft anhand von fünf Merkmalen Nutzung alternativer Medien und Kommunikationsformen, Politik gegen herrschende Eliten, Vertrauen in direkte Demokratie und Referenden, nationale Souveränität als wichtigstes Prinzip sowie ein hohes Maß an Wahlschwankungen. **Eric Jones** betonte die Bedeutung von eindeutiger und verständlicher Kommunikation, um die wirtschaftlichen Erwartungen der Märkte proaktiv zu leiten. Würden Erwartungen verunsichert, verliere man den Einfluss auf die Wirtschaftsleistung und -entwicklung. Die Nutzung von alternativen Medien durch Populisten fördere die Verwirrung. Es sei ein großes Problem, wenn die Menschen nicht mehr wüssten, was sie glauben sollten. Auch führe die Anti-Elitehaltung zu einer Ablehnung von Fachwissen. Das werde am Thema Klimawandel besonders deutlich. **Eric Jones** thematisierte die Behauptung von Populisten, der Freihandel untergrabe die Souveränität eines Landes. Damit werde jedoch oft der gegenteilige Effekt erzielt. Ein Beispiel dafür sei der Brexit. Abschließend veranschaulichte er das Phänomen von Wahlschwankungen durch populistische Politik. Rasche politische Veränderungen hätten oft destabilisierende Effekte auf Investitionen und die Arbeitsmärkte.

Richard Benyon (Vereinigtes Königreich) thematisierte am Beispiel des Brexit-Referendums den Zwiespalt zwischen Volksdemokratie und politischen Entscheidungen. Ferner beklagte er die Geldmengenerhöhung als Mittel gegen eine Rezession. Die gesellschaftliche Spaltung werde damit weiter vergrößert. Populistische Parteien profitierten von ihr, die einfache Lösungen bei wirtschaftlicher Ungleichheit anböten. **Christian Tybring-Gjedde** (Norwegen) erklärte, in einer globalisierten Welt sollten die Nationalbanken mehr mit Blick auf die Weltwirtschaft agieren. Herr **Eric Jones** sagte, die nationalen Volkswirtschaften seien nie isoliert, es gäbe immer globale Wechselwirkungen mit anderen Volkswirtschaften. Die Wirtschaftspolitik müsse über Grenzen hinweg abgestimmt und koordiniert werden. Auf die Frage von **Osman Askin Bak** (Türkei) nach den Investitionen Chinas in eine neue Seidenstraße erklärte **Eric Jones**, er betrachte die Initiative nicht als populistische Maßnahme. China wolle die im Ausland angesammelten Vermögenswerte für eine bessere Verbindung zu anderen Ländern einsetzen. Abschließend betonte **Eric Jones**, Investitionsförderung müsse über einen gesamten Konjunkturzyklus hinweg erfolgen, um eine langfristige Wirkung zu erzeugen.

2. **Vortrag von Dr. Frances G. Burwell, Wissenschaftlerin beim Atlantischen Rat, Washington D.C., zum Thema „Der transatlantische digitale Marktplatz: Zusammenarbeit und Spannungen“**

Dr. Frances G. Burwell erläuterte, trotz der aktuellen transatlantischen Spannungen seien die Vereinigten Staaten und die Europäische Union bei der Digitalisierung zwei starke Partner, auch wenn eine Reihe von Unterschieden und Meinungsverschiedenheiten vorhanden seien. Der größte Unterschied bestehe im Bereich der Regulierung. Europa habe sich zu einer regulatorischen Supermacht entwickelt, während die USA wenig Regulierung besonders im digitalen Sektor hätten. Viele große US-Unternehmen müssten jedoch die EU-Vorschriften einhalten, um auf dem europäischen Markt arbeiten zu können. **Dr. Frances G. Burwell** zeigte die weiteren wesentlichen Unterschiede auf beiden Seiten des Atlantiks beim Datenschutz, bei der Frage der digitalen Besteuerung und der Freiheit des Datenverkehrs auf. Große Bedeutung maß sie den wettbewerbspolitischen Rahmenbedingungen durch die neue EU-Kommission bei. Lange Zeit habe niemand über die Auswirkungen auf die Privatsphäre, mögliche Überwachungsmöglichkeiten, Online-Betrug oder Cyberkriminalität nachgedacht. Sie betonte die Bedeutung der frühzeitigen Förderung der positiven Aspekte von neuen Technologien bei gleichzeitiger Begrenzung der negativen Möglichkeiten. Künstliche Intelligenz (KI) als eine der neuesten technologischen Entwicklungen müsse diskutiert werden. Zum Thema Cybersicherheit betonte sie, die USA und die EU sollten gemeinsam Normen auf technischer Ebene entwickeln. In Bezug auf 5G- und sichere Netze sei eine gemeinsame Risikobewertung der zivilen und militärischen Infrastruktur entscheidend. Sie erläuterte die Haltung der US-Regierung gegenüber Huawei, einschließlich ihrer Befürchtungen über Störungen kritischer Infrastrukturen und die Beziehungen des Unternehmens zu den chinesischen Sicherheitsbehörden. Abschließend betonte **Dr. Frances G. Burwell**, die transatlantische Gemeinschaft müsse Russland und China als digitalen Akteuren mehr Aufmerksamkeit widmen. Die Entwicklung eines globalen Regelwerks für die digitale Wirtschaft hänge von der Zusammenarbeit mit ihnen ab. Sie warb für eine transatlantische Diskussion über Privatsphäre, Datenflüsse und Cybersicherheitsstandards und betonte die Notwendigkeit regelmäßiger transatlantischer Konsultationen auf hoher Ebene.

In der Diskussion thematisierte **Richard Benyon** (Vereinigtes Königreich) die möglichen negativen Einsatzbereiche von künstlicher Intelligenz bei der Entwicklung von Waffensystemen. **Tanmanjeet Singh Dhesi** (Vereinigtes Königreich) äußerte seine Besorgnis über die Haltung der USA zur Hassrede und thematisierte neue Überwachungstechnologien, die von autoritären Regimen zur Überwachung von Personen eingesetzt würden. **Linda Sanchez** (Vereinigte Staaten) fragte, ob die USA und Europa ein oder mehrere digitale Systeme entwickeln sollten. **Dr. Frances G. Burwell** hielt einen einheitlichen Rechtsrahmen angesichts der großen Unterschiede in den europäischen Regulierungstraditionen nicht für realisierbar. Sie sagte, es sei wichtig, diese Systeme kompatibel und nicht gleich zu machen.

3. Vortrag von Dr. Paula Puskarova, Vizerektorin für Forschung und Promotion, Wirtschaftsuniversität Bratislava, zum Thema „Die Slowakische Republik und die digitale Wirtschaftsrevolution“

Dr. Paula Puskarova begann ihren Vortrag mit dem Hinweis, dass die Wirtschaft der Slowakei sehr klein und stark abhängig von gering qualifizierten Arbeitsplätzen sei. 33 Prozent der slowakischen Arbeitsplätze, insbesondere in der Automobilindustrie, gelten als automatisierbar. Schwierig sei auch das Missverhältnis zwischen den Bildungsabschlüssen der jungen Slowaken und den in der slowakischen Wirtschaft verfügbaren Arbeitsplätzen. Mit Blick auf die aktuellen globalen Entwicklungen in der Digitalisierung führte **Dr. Paula Puskarova** aus, dass sich die Slowakei in Bezug auf die E-Government-Initiative und den Ausbau von digitalen Dienstleistungen positive Wirkungen erhoffe. Zum Thema digitale Regulierungen sagte sie, die Slowakei habe sich für die Digitalsteuer in der EU ausgesprochen, habe strenge Steuerrichtlinien für Kryptowährungen und erhebe Steuern auf Plattformen von Uber und Airbnb. Abschließend erklärte sie, die digitale Revolution könne ein nützliches Instrument im Kampf gegen den Klimawandel sein und wies auf das Konzept des „Smart Green Growth“ hin.

In der Diskussion bejahte **Dr. Paula Puskarova** die Abhängigkeit der slowakischen von der deutschen Wirtschaft sowie von ausländischen Direktinvestitionen. Pressburg profitiere erheblich von der Nähe zu Wien. **Osman Askin Bak** (Türkei) fragte nach den umfangreichen Investitionen von Amazon in der Slowakei. **Dr. Paula Puskarova** sagte, die hohen Löhne und soziale Absicherung seien attraktiv. Die niedrigen Qualifikationsanforderungen führten jedoch bei Akademikern schnell zu Unzufriedenheit. **Eduard Heger** (Slowakei) fragte nach Möglichkeiten der Schaffung von Arbeitsplätzen für diejenigen, die durch die Automatisierung ihren Arbeitsplatz verlieren. **Dr. Paula Puskarova** sah erhebliches Potenzial in kleinen Start-ups. Sie betonte, dass auch Qualifizierung entscheidend sei, um die Fähigkeiten der Menschen an die neuen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt anzupassen.

4. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung“ zum Thema „Die Republik Nordmazedonien: Politischer Wandel, NATO Beitritt und wirtschaftliche Transformation“, vorgelegt von der Berichterstatterin Ausrine Armonaitė (Litauen)

Für die abwesende Berichterstatterin stellte der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses, **Menno Knip** (Niederlande), den Berichtsentwurf vor. Die Ratifizierung des richtungsweisenden Prespa-Abkommens mit Griechenland habe einen 27 Jahre andauernden Streit zwischen den beiden Ländern beendet. Nach der Ratifizierung durch die NATO-Mitgliedstaaten werde Nordmazedonien das 30. Mitglied der Allianz. Der politische Übergang habe sich seit 2017 in eine demokratische Richtung bewegt. Die neue Regierung sei dabei, wichtige demokratische Reformen im Bereich der Medienfinanzierung, der Aufsicht der Geheimpolizei und der nationalen Anerkennung der albanischen Sprache einzuleiten. Auch würden notwendige Wirtschaftsreformen eingeleitet, um mittelfristig die Kriterien für eine EU-Mitgliedschaft zu erfüllen. Aktuelle Probleme seien die hohe Arbeitslosigkeit, eine große Schattenwirtschaft, Steuerhinterziehungen und die russische Desinformationskampagne. Das Land müsse bei der Durchführung wichtiger demokratischer Reformen, einschließlich der Bekämpfung der Korruption und der Justizreform, unterstützt werden. Kontinuierliche Bemühungen zur Förderung der interethnischen Versöhnung in dem seit langem gespaltenen Land seien ebenfalls unerlässlich. Er warb dafür, Reformen in Nordmazedonien zu fördern, insbesondere im Hinblick auf die Gewährleistung eines wirksamen demokratischen Dialogs, der Medienfreiheit und der Unabhängigkeit der Justiz. Die Bekämpfung der Korruption müsse oberste Priorität haben. In der Diskussion betonte **Genci Nimanbegu** (Montenegro), Nordmazedonien könne nicht außerhalb des geografischen Kontextes betrachtet werden. Die gemeinsame Zukunft aller westlichen Balkanländer müsse die Mitgliedschaft in der NATO und der EU sein. Er bat die Mitglieder, das unerschütterliche Engagement für die Unterstützung der Region aufrecht zu erhalten und die negativen Auswirkungen des Populismus auf die Region zu bekämpfen.

5. Beratung des Berichtentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ zum Thema „Nordamerikanische und europäische Konzepte für digitale Märkte und Internetsicherheit“, vorgelegt vom Berichterstatter Jean-Marie Bockel (Frankreich)

Berichterstatter **Jean-Marie Bockel** erklärte, die Weltwirtschaft werde zunehmend durch die Entwicklungen im Bereich der digitalen Technologien geprägt. Der Berichtsentwurf thematisiere die jüngsten Entwicklungen in der digitalen Wirtschaft und untersuche die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen für Nordamerika und Europa. Das Internet sei inzwischen ein zentrales Element des globalen Wirtschaftsverkehrs und generiere enorme Effizienzsteigerungen. Gleichzeitig würden die Handelsmärkte grundlegend umstrukturiert und Regierungen daher gezwungen, entsprechende Regulierungsstrukturen zu entwickeln. Die digitale Technologie habe auch die Manipulation der demokratischen Politik und der öffentlichen Meinung in einer kaum vorstellbaren Weise erleichtert. Jean-Marie Bockel verwies auf den russischen Hackerangriff auf die US-amerikanische Demokratische Partei und Hillary Clintons Berater. Wenn digitale Geräte und Infrastrukturen nicht angemessen geschützt seien, seien offene Demokratien anfällig für ausländische Manipulationen und massive Propagandakampagnen mit möglichen verheerenden Folgen. An den Themen Datenschutz und Marktregulierung zeigte Jean-Marie Bockel auch Spannungsfelder im digitalen Bereich zwischen Europa und den Vereinigten Staaten auf. Ein weiterer Aspekt waren die spezifischen Sicherheits Herausforderungen durch die Aktivitäten Chinas und Russlands. Abschließend erklärte der Berichterstatter, revolutionäre wirtschaftliche Veränderungen erfordern paradigmatische Veränderungen in den staatlichen Regelungen.

In der Diskussion betonte Jean-Marie Bockel die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit, um demokratische Normen und Institutionen sowie individuelle Rechte, wie die Privatsphäre, zu schützen. Notwendig sei auch, Unternehmensmonopole zu verhindern, sowie die Besteuerung von großen Unternehmen, die global agieren. **James Costa** (Vereinigte Staaten) forderte eine gemeinsame Strategie der NATO-Partner mit Blick auf chinesische Unternehmen wie den Mobilfunkanbieter Huawei, die die transatlantische Sicherheit gefährden könnten. **Jean-Marie Bockel** stimmte seinem Kollegen zu und wies auf die kürzlich begonnene Diskussion hin.

6. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Wirtschaftssanktionen als Instrument der Außenpolitik“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Christian Tybring-Gjedde (Norwegen)

Generalberichterstatter **Christian Tybring-Gjedde** erläuterte, Wirtschaftssanktionen spielten in der Außen- und Sicherheitspolitik seit langem eine wichtige Rolle. Auch unter den NATO-Verbündeten gebe es eine anhaltende Debatte über die Angemessenheit dieser Instrumente und ihre Wirksamkeit bei der Erreichung der Ziele. Damit Wirtschaftssanktionen funktionierten, müssten die Ziele klar definiert sowie der internationale Konsens zur Unterstützung dieser Sanktionen möglichst groß sein. Auch müsse der Weg zur Aufhebung der Sanktionen aufgezeigt werden. Berichterstatter **Christian Tybring-Gjedde** gab zu bedenken, dass die Kosten für das sanktionierte Land verhältnismäßig sein und auch humanitäre Belange in die Entscheidung einbezogen werden müssten, ansonsten solidarisiere sich die Bevölkerung erst recht mit dem eigenen Regime. Mit Blick auf Gegen- und Sekundärsanktionen wies er darauf hin, dass Sanktionen auch immer Kosten in den Ländern verursachten, die Sanktionen verhängten. Der Berichtsentwurf befasse sich ferner mit mehreren Fällen aus jüngster Zeit, in denen sowohl Nordamerika als auch Europa Sanktionspolitik eingesetzt hätten, um wichtige politische Ziele zu erreichen. Er erläuterte beispielhaft die Sanktionen gegenüber Iran, Russland und Nordkorea und bewertete die Wirksamkeit. Abschließend sprach er sich dafür aus, vor der Verhängung von Sanktionen Kosten und Nutzen abzuwägen. Die NATO PV sei ein Forum, um im Austausch einen Konsens zu erreichen.

In der Diskussion nahm **Richard Benyon** (Vereinigtes Königreich) Bezug auf den *Magnitsky Act* und die Chemiewaffenattacke in Salisbury. Er sprach sich gegen die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland aus, auch weil kein Rückzug von der Krim erfolgt sei. Berichterstatter **Christian Tybring-Gjedde** erklärte, im Fokus der westlichen Sanktionen stünde häufig die Wahrung liberaler Werte. Er warb für die Aufhebung von Sanktionen, wenn das Ziel damit nicht erreicht werde. Jedoch erschwere die Situation in der Ostukraine die Entscheidung erheblich.

7. Zukünftige Aktivitäten

Der Vorsitzende des Ausschusses, **Ivans Klementjevs** (Lettland), berichtete für den abwesenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung“ von der durchgeführten Reise nach Nordmazedonien im März. Er kündigte für November gemeinsam mit dem Rose-Roth-Seminar eine Reise nach Bosnien und Herzegowina an. Der stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“

Jean-Luc Reitzer (Frankreich), berichtete vom Besuch in Deutschland im März und kündigte für Juni eine Reise nach Washington D.C. und Seattle an.

VII. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie kam unter dem Vorsitz von **Maria Martens** (Niederlande) am 1. Juni 2019 zusammen, um die Themen Rüstungskontrolle innerhalb des OSZE-Rahmens, Technologieansatz der NATO, Sicherheit und Verteidigung im Cyberzeitalter, KI, U-Bootabwehr und Herausforderungen durch Chinas Wissenschaft und Technologie zu diskutieren.

1. Vortrag von **Lukas Parizek**, Staatssekretär im Außenministerium der Slowakischen Republik, zum Thema „Die Zukunft vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen und der Rüstungskontrolle im OSZE-Rahmen - aus Sicht des slowakischen OSZE-Vorsitzes“

Zu Beginn seiner Ausführungen bezeichnete Staatssekretär **Lukas Parizek** OSZE und NATO als tragende Säulen der euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur. Für den OSZE-Vorsitz im Jahr 2019 habe sich die Slowakei drei Ziele gesetzt: Konfliktvermeidung und -lösung, Sicherheit für die Menschen im OSZE-Bereich und drittens einen aktiven Multilateralismus. Gerade bei der Konfliktverhütung sah **Lukas Parizek** gute Möglichkeiten der Zusammenarbeit von NATO und OSZE. Synergien zwischen beiden Institutionen könnten dazu beitragen, Probleme wie Cybersicherheit, soziale Netzwerke und Migration zu lösen.

Bei der anschließenden Diskussion fragte die Ausschussvorsitzende, wie Russlands Teilnahme in der OSZE aussehe. **Lukas Parizek** erläuterte, dass die Intervention Russlands 2014 in der OSZE zwar die Diskussionen beherrscht hätten, Russland jedoch nicht davon ausgeschlossen worden sei. Im Übrigen genieße die OSZE in Osteuropa großes Ansehen. **Janny Vliestra** (Niederlande) interessierte, wie denn die Kooperation zwischen NATO und OSZE sich gestalte. **Lukas Parizek** erklärte, dass die Zusammenarbeit beider Institutionen bereits in den 1990-iger Jahren begründet worden sei; die NATO biete z. B. logistische Unterstützung und Schutz bei Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE. **Gevorg Gorgisyan** (Armenien) sprach die Probleme Cybersecurity und Hass-Rede an. Staatssekretär **Lukas Parizek** stellte zunächst klar, dass Hass-Rede eine Internetfrage sei, Cybersecurity auf einer anderen Ebene spiele. Die OSZE habe Cybersecurity als ein Aktionsfeld erkannt und befasse sich intensiv mit staatlicher Cybersicherheit; dazu zählten vertrauensbildende Maßnahmen und Seminare. Zuletzt fragte **Kevan Jones** (Vereinigtes Königreich), was die OSZE angesichts der Migrationsbewegungen unternehme. **Lukas Parizek** entgegnete, dass sich die OSZE schwerpunktmäßig mit dem Menschenhandel befasse, wobei es intensive Gespräche mit den Mittelmeerpartnern gäbe.

2. Vortrag von **Pavel Zuna**, Direktor des Collaboration Support Office (CSO) der Organisation für Wissenschaft und Technologie (STO) der NATO, zum Thema „Das kollaborative Arbeitsprogramm der NATO“

Pavel Zuna beschrieb die Aufgabe seines Büros, das die kollaborativen Projekte für die STO der NATO koordiniere. Die Organisation für Wissenschaft und Technologie lege ihren Arbeitsschwerpunkt 2019 darauf, auf dem neuesten technologischen Stand zu bleiben, die Entwicklung von Prototypen zu beschleunigen und somit zur Umsetzung technologischer Entdeckungen beizutragen. Sein Büro koordiniere ein breites Spektrum an Forschungsaktivitäten weltweit und stelle dazu Informationen zusammen. Ferner Sorge das CSO für die Verbindung von Forschern und militärischen Nutzern. Zu den aktiven Ländern zählten solche mit einer starken Basis im Forschungs- und Verteidigungsbereich wie USA, Vereinigtes Königreich, Kanada, Deutschland und Frankreich. Insgesamt gebe die NATO 500 Millionen Dollar für Forschung und Technologie aus.

Trausti Fridbertsson (Island) leitete die Diskussion mit der Frage ein, ob es im Hohen Norden genug Satellitennavigation gebe. **Pavel Zuna** antwortete, dass es bei der Satellitennavigation deutliche technologische Fortschritte gebe, die in ein sehr viel zuverlässigeres System einmünden werden. **Matej Tonin** (Slowenien) bemerkte, dass 25 Prozent des Forschungsetats der NATO für Informationstechnologien aufgewendet würden und bat um Präzisierung, für welche Projekte konkret die Mittel ausgegeben würden. **Pavel Zuna** machte deutlich, dass er als Leiter der Koordinierungsstelle für die Projekte zu der konkreten Mittelverwendung keine Auskünfte erteilen könne. **Sven Koopmans** (Niederlande) bat um Auskunft darüber, wie der Schutz gegen Drohnen und Roboter aussehen könne. **Pavel Zuna** erklärte, dass zunächst eine zuverlässige Identifizierung der Angriffstechnologie notwendig sei, um dann, eventuell mit Radar, eine Defensivmaßnahme zu ergreifen. Auf die Frage von **John**

Shimkus (Vereinigte Staaten) zum Entwicklungsfortschritt bei Überschallwaffen erklärte **Pavel Zuna**, nicht alle Informationen aus Russland dürften für bare Münze genommen werden, da noch zahlreiche technische Schwierigkeiten bei der Entwicklung derartiger Waffen bestünden. **Kamil Sindir** (Türkei) interessierte, wer bei Produkten als Ergebnis der NATO-Forschung die Patente bzw. Rechte innehatte. **Pavel Zuna** erklärte dazu, dass bei gemeinschaftlich finanzierten Projekten die Patentrechte allen beteiligten Ländern zustehen, was sie auch zuvor in einer Erklärung so gebilligt hätten. **Agnes Vadai** (Ungarn) zeigte sich besorgt über die Entwicklung von Killerrobotern und verwies auf die damit verbundenen ethischen Aspekte. **Pavel Zuna** bestätigte, dass diese Frage aktuell von der NATO diskutiert werde. Eine endgültige Klärung stehe noch aus - möglicherweise könne eine Voraussetzung für den Einsatz von Killerrobotern sein, dass sich ein robotersteuernder Mensch in unmittelbarer Umgebung aufhalten müsse.

3. Entwurf des Generalberichts „Die NATO im Cyberzeitalter: Sicherheit und Abwehr stärken, die Abschreckung stabilisieren“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Susan Davis (Vereinigte Staaten)

Die Generalberichterstatterin **Susan Davis** (Vereinigte Staaten) begann mit dem Hinweis auf die große Bedeutung von Cyberattacken in der immer stärker vernetzten Welt. Tagtäglich seien Netzwerke der NATO wie auch der Bündnisländer Cyberattacken ausgesetzt. Ihr Bericht konzentrierte sich auf gravierende Cyberangriffe, bei denen die territoriale Integrität, politische Unabhängigkeit oder nationale Sicherheit der Mitgliedstaaten so angegriffen werde, dass die angegriffenen Länder sich auf Artikel 5 des Nordatlantikvertrages berufen könnten. Cybersicherheit gehöre damit zu den Kernaufgaben der NATO. Im Jahr 2018 hätten sich alle Bündnisländer dazu verpflichtet, das ganze Spektrum an Gegenangriffen zu starten, um Cyberbedrohungen abzuwehren. Konkrete Schritte zur Cyberabwehr habe die NATO mit der Errichtung des Cyberabwehrzentrums, einigen *smart defence*-Projekten, Partnerschaften mit der Industrie sowie der EU bereits unternommen. Jeder Staat könne zukünftige Cyberattacken dadurch erschweren oder verhindern, indem er die Bereitschaft zu Vergeltungsmaßnahmen und Entschlossenheit dazu deutlich mache. Sie stellte die Frage, ob die NATO überhaupt die richtige Institution sei, um Strategien zur Cyberabwehr zu entwickeln, denn letztendlich liege Cyberabwehr im Zuständigkeitsbereich jedes einzelnen Staates.

Zu den Diskussionsbeiträgen von **Baroness Ramsay** (Vereinigtes Königreich), die die Rolle der NATO bei der Cyberabwehr neben der des einzelnen Staates unterstrich und gleichzeitig als probates Mittel *naming and shaming* der Cyberangreifer durch die betroffenen Länder empfahl, und von **Sven Clement** (Luxemburg), der sich für eine engere Kooperation von EU und NATO einsetzte, versprach Generalberichterstatterin **Susan Davis** die beiden Punkte in den Schlussbericht aufzunehmen. **Kevan Jones** (Vereinigtes Königreich) plädierte bei der Cyberabwehr für eine größtmögliche Transparenz. Schwierig werde es sicherlich, wenn sich Staaten nicht-staatlicher Akteure für Cyberattacken bedienten und wenn es darum gehe, eine klare Abgrenzung zwischen Verteidigung und geheimdienstlicher Tätigkeit vorzunehmen.

4. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Technologietrends und Sicherheit“ zum Thema „Künstliche Intelligenz: Auswirkungen auf die Streitkräfte der NATO“, vorgelegt vom Matej Tonin (Slowenien)

Eingangs betonte der Berichterstatter **Matej Tonin (Slowenien)**, dass KI-Anwendungen beim Militär alle Ebenen und Bereiche umfassen werden. Auf dem Verteidigungssektor werde KI zu einem deutlich höheren Analysetempo und einer Optimierung des Entscheidungsprozesses führen. Autonome Robotersysteme könnten dank KI optimiert werden. Diese grundlegenden Veränderungen veranlassten die Länder zur Neuausrichtung ihrer Streitkräfte und militärischen Konzepte. Im Zusammenhang mit KI sah Matej Tonin drei grundsätzliche Probleme: erhöhter Investitionsbedarf, um neue KI-Anwendungen zu entwickeln, Innovationsschub, um KI rascher im kommerziellen Sektor anzuwenden, und schließlich ein Fachkräfteproblem, um neue KI-Experten zu gewinnen bzw. zu halten. Übertroffene Bedeutung bei KI-Anwendungen haben juristische und ethische Fragen. Hier nannte er beispielhaft autonome tödliche Waffen, die ohne menschliche Steuerung operierten; sie gebe es derzeit noch nicht, aber die internationale Staatengemeinschaft sei sich darin einig, dass Menschen Kontrolle über diese Waffen behalten müssten. Was darunter zu verstehen sei, wie man es rechtlich ausgestalte, befinde sich gegenwärtig im Abstimmungsprozess. Zusammenfassend plädierte Matej Tonin dafür, dass die Verbündeten bei der verteidigungsrelevanten KI ihre Spitzenposition behaupten und mögliche technologische Lücken mithilfe von Interoperabilität überbrücken müssten.

Sven Koopmans (Niederlande) verwies darauf, dass es autonome Killerwaffen bereits gebe und auch Staaten sowie nicht-staatliche Akteure sie besäßen und entwickelten. Er erkundigte sich, ob angesichts dieser neuen Technologien neue Regelungen, internationaler Abkommen oder Verbote notwendig seien. **Matej Tonin** stellte die Existenz autonomer Waffen in Frage, sprach sich jedoch für eine unverzichtbare menschliche Kontrolle solcher Waffensysteme aus. **Joachim Son-Forget** (Frankreich) und ein Mitglied aus den Niederlande sprachen das Thema Internet der Dinge sowie *small* und *big data* an und die Persönlichkeitsrechte der Menschen beim Umgang mit ihren Daten. **Matej Tonin** erläuterte, dass es in den Ländern ganz unterschiedliche Datenschutzbestimmungen gebe. Vorbildlich sei die Datenschutzgrundverordnung der EU. Die Vereinheitlichung beim Schutz der Privatsphäre sei eine große Aufgabe und Herausforderung.

5. **Beratung des Sonderberichtsentwurfes „NATO-U-Jagd: Erneuerung der Fähigkeiten, Vorbereitung für die Zukunft“, vorgelegt von Sonderberichterstatterin Leona Alleslev (Kanada)**

Für die kanadische Berichterstatterin übernahm **Trausti Fridbertsson** (Island) die Vorstellung des Berichtes zur U-Bootabwehr. Zunächst zeigte er sich alarmiert über die zunehmenden U-Bootpatrouillen Russlands in Operationsgebieten der NATO, die mit Präzisionsraketen vom Typ Kalibr ausgestattet seien. Damit könnten sie die Transatlantikverbindung ebenso unterbrechen wie Unterwasserkabel beschädigen. Auch China und Nordkorea trieben die Modernisierung ihrer U-Boote voran. Angesichts dieser Bedrohungen seien die U-Bootabwehrsysteme der NATO überholt und veraltet. Der Berichterstatter empfahl als Modernisierungstools neue Sensortechnologien und den Einsatz autonomer unbemannter Flugkörper.

In der anschließenden Aussprache unterstrichen die Ausschussmitglieder die Notwendigkeit der Modernisierung der U-Bootabwehr, auch um die zivilen Einrichtungen wie die Unterwasserkabel zu schützen.

6. **Rundgespräch zwischen Helena Legarda vom Mercator- Institut für Chinastudien zu den Herausforderungen durch China im Bereich Wissenschaft und Technologie und Jan-Peter Kleinhans von der Stiftung Neue Verantwortung zum Internet der Dinge**

Helena Legarda ermahnte die Bündnismitglieder dazu, die technologischen Entwicklungen in China genau zu beobachten, denn China habe sich zum Ziel gesetzt, eine technologische Großmacht mit einem sehr leistungsfähigen Militär zu werden. Diesen Anstrengungen, Europa und die USA technologisch zu überholen, spiele das Einparteiensystem mit dem von oben nach unten Ansatz (top-down) in die Hände. Für dieses Ziel habe die chinesische Führung nicht nur Regierungsinstitutionen und den Privatsektor, sondern die Menschen in China insgesamt mobilisiert. In den USA und Europa seien vergleichbare Ansätze zum Scheitern verurteilt, weil das Demokratieverständnis völlig anders sei und Bedenken aus den Reihen der Beschäftigten und der Öffentlichkeit einen von oben verordneten „Durchmarsch“ verhinderten. **Jan-Peter Kleinhans** nannte zwei Gründe für eine kritische Bewertung der 5G-Netzwerke von Huawei. Zum einen das Fehlen vertrauenswürdiger Informationen und zum anderen die technologische Abhängigkeit des Westens von China. Gegenwärtig gebe es noch kein geeignetes Mittel, um Elektronikteile auf Schadware zu prüfen, so dass die Länder nur auf der Basis der Gesetzeslage in dem Herkunftsland vertrauen könnten. Bei den 5G-Netzen wachse die Verwundbarkeit, daher müsse die EU eigene Informations- und Technologiekapazitäten entwickeln.

Die Diskussion eröffnete **Mikko Savola** (Finnland) mit der Frage, wie sich Präsident Trumps Chinapolitik auswirke. **Helena Legarda** antwortete, zwar habe Präsident Trump mit den Chinasanktionen einen Nerv getroffen, allerdings werde China seine Politik nicht ändern, denn das Land sei sehr viel leidensfähiger als Europa und die USA zusammen. Zu dem Thema Sanktionen fragte **Joachim Son-Forget** (Frankreich) was von den chinesischen Drohungen zu halten sei, die USA nicht mehr mit Seltenen Erden zu beliefern. **Jan-Peter Kleinhans** bemerkte, dass China ebenso abhängig von US-amerikanischen Mikrochips sei wie es die USA von Seltenen Erden seien. **Sven Koopmans** (Niederlande) fragte, ob die NATO zukünftig China ins Blickfeld nehmen solle. **Helena Legarda** warnte davor, konventionelle Gefährdungen auszublenden und nannte als Beispiel Chinas Beteiligung an gemeinsamen Militärmanövern mit Russland und Marineübungen in der Ostsee und dem Mittelmeer. Was den technischen Aspekt der Frage anbelange, ergänzte **Jan-Peter Kleinhans**, dass die technologische Abhängigkeit von Militär und Gesellschaft in allen Ländern stetig wachse und die NATO sich darauf konzentrieren solle, wirkungsvolle Sicherheitssysteme aufzubauen.

7. Zukünftige Aktivitäten

Die Ausschussvorsitzende gab bekannt, dass der Unterausschuss Mitte Juni London und Südengland besuchen werde, um sich über Verteidigungstechnologien und Cybersicherheit zu informieren. Geplant sei ferner ein Besuch in Norfolk um das neue *Joint Force Command* der NATO zu besichtigen.

VIII. Plenarsitzung

Am Montag, 3. Juni 2019, fand unter dem Vorsitz der Präsidentin **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) die Plenarsitzung statt.

1. Ansprache der Präsidentin der NATO-PV, Madeleine Moon (Vereinigtes Königreich)

Präsidentin **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) erklärte, anlässlich des 70. Jahrestages der NATO-Gründung sei es geboten, den Erfolg des einzigartigen Bündnisses zu würdigen und zu feiern. Die NATO sei ein belastbares Instrument für die Bewältigung der komplexen Herausforderungen, zu denen ein aggressives Russland, die anhaltende Instabilität in Nordafrika, die Lage im Nahen und Mittleren Osten, die anhaltende Bedrohung durch den Terrorismus und die Entstehung eines neuen strategischen Konkurrenten in Asien gehörten. Das Bündnis werde ferner herausgefordert durch die unvollendeten europäischen und euro-atlantischen Integrationsprozesse, eine Zunahme an hybriden Bedrohungen, die Gefahr von Cyberangriffen, die Verbreitung von Falschinformationen und Versuche, die westlichen demokratischen Institutionen zu untergraben. Weitere Bedrohungen seien die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Infragestellung bestehender Rüstungskontrollregime sowie der Klimawandel. In der Versammlung sei man sich weitestgehend über die Erscheinungsformen der Bedrohungen einig. Einigkeit bestehe auch in der Forderung, die nationalen Verteidigungsetats zu erhöhen. Das Bekenntnis zu den gemeinsamen Werten festige den Zusammenhalt und bilde das Fundament der Allianz. Die Öffentlichkeit müsse verstärkt in diese Diskussion eingebunden werden. Die Präsidentin dankte der Arbeitsgruppe für Bildung und Kommunikation unter dem Vorsitz von Dr. Karl A. Lamers CDU/CSU) und verwies auf die von der schwedischen Regierung initiierte Informations- und Aufklärungskampagne zu den Gefahren und Risiken durch neue Bedrohungen für die Bevölkerung. Das NATO-Mitglied Slowakei habe sein Engagement für die NATO unter Beweis gestellt und die Verteidigungsausgaben mit beeindruckender Geschwindigkeit erhöht. Sie ging auf die Folgen des Brexits ein und erklärte, unabhängig von dem Ausgang der Verhandlungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU werde ihr Land eine enge Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU unterstützen. Sie forderte einen zügigen Abschluss des Ratifizierungsprozesses des Beitritts Nordmazedoniens zur NATO und betonte die wesentliche Rolle, die das Bündnis und die NATO-Partnerschaften bei der Errichtung von Stabilität auf dem Balkan spielten. Die sich in der südlichen Nachbarschaft des Bündnisses abzeichnenden Herausforderungen wirkten sich direkt auf die Allianz aus.

2. Ansprache Andrej Kiska, Präsident der Slowakei

Präsident **Andrej Kiska** ging auf die Kritik der Vereinigten Staaten ein, die Europäer würden zu wenig für ihre eigene Verteidigung tun und kämen ihren Verpflichtungen nicht nach. Es sei richtig, dass eine große Lücke bestehe zwischen den Ansprüchen und den tatsächlich vorhandenen Fähigkeiten. Das Thema Verteidigungsausgaben sei unpopulär. Die NATO biete die beste Sicherheitsgarantie in der Geschichte. Es müsse aber mehr in die Fähigkeiten der Streitkräfte investiert werden. Eine besser vorbereitete EU stärke das Bündnis. Von einer fairen Lastenteilung zwischen den transatlantischen Partnern sei man weit entfernt. Europa müsse den politischen Willen aufbringen, zur Sicherung der Ostgrenze ausreichende Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Er stellte die Frage, ob die EU trotz bestehender Freizügigkeit in der Lage sei, schnell genug Truppen und Material zu verlegen. Die Russische Föderation könne dies. Die NATO habe sich verbessert, jedoch müssten weitere Schritte unternommen werden. Die Sicherheit des Bündnisses hänge von der Erkenntnis ab, wer Freund und wer Feind sei. Die Ukraine und Georgien seien Freunde, die in ihrem Streben nach einer NATO-Mitgliedschaft unterstützt werden müssten. Deren Bevölkerung möchte in Frieden leben. Europa habe die moralische Pflicht, die Ukraine und Georgien zu unterstützen. Ohne die beiden Länder bliebe die europäische Sicherheit unvollständig.

3. Ansprache des stellvertretenden Sprechers des Nationalrates der Slowakei, Béla Bugár

Béla Bugár betonte die Bedeutung einer Mitgliedschaft in der NATO und EU für die Slowakei. In aktuellen Umfragen sprächen sich 56 Prozent der Befragten für die Mitgliedschaft in der NATO aus. 2019 lägen die slowakischen Verteidigungsausgaben bei 1,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Bereits 2022 könne die Slowakei das Ziel erreichen, die Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu steigern. **Béla Bugár** erläuterte, die Slowakei modernisiere die Streitkräfte und die Luftwaffe, so dass die Kompatibilität mit den Verbündeten erreicht werden könne.

4. Ansprache der Innenministerin der Slowakei, Denisa Saková

Ministerin Denisa Saková ging auf die schnelle und unvorhersehbare Veränderung der Sicherheitslage ein, die eine ständige Anpassung der Sicherheitsstrategie erfordere. Die Versorgung der Bevölkerung mit Energie, Nahrungsmitteln und Wasser müsse sichergestellt werden. Weitere Aufgaben seien die Gewährleistung von zuverlässigen Informations- und Transportsystemen sowie die Bekämpfung der unkontrollierten Einwanderung. Bedrohungen müssten mit zivilen und militärischen Fähigkeiten begegnet werden. Die Slowakei arbeite daran, Maßnahmen gegen hybride und Cyber-Bedrohungen sowie Desinformationskampagnen aufzubauen.

5. Bericht des Schatzmeisters der Versammlung, Marc Angel (Luxemburg), und Abstimmung über die Dokumente zum Haushalt 2020

Schatzmeister **Marc Angel** (Luxemburg) stellte seinen Berichtsentwurf und den geprüften Jahresabschluss vom 31. Dezember 2018 vor. Die Versammlung nahm die Dokumente in der jeweils vorgelegten Fassung an.

Berlin, den 25. November 2020

Dr. Karl A. Lamers, MdB
Leiter der Delegation

Minister Lorenz Caffier
Leiter der Delegation des Bundesrates

